

Die neue Hochschule

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst

Fachübergreifende Studien

Bosman:
Fachübergreifend als
Herausforderung 4

Kuntze:
FH-Forschung
auf eigenen Wegen 9

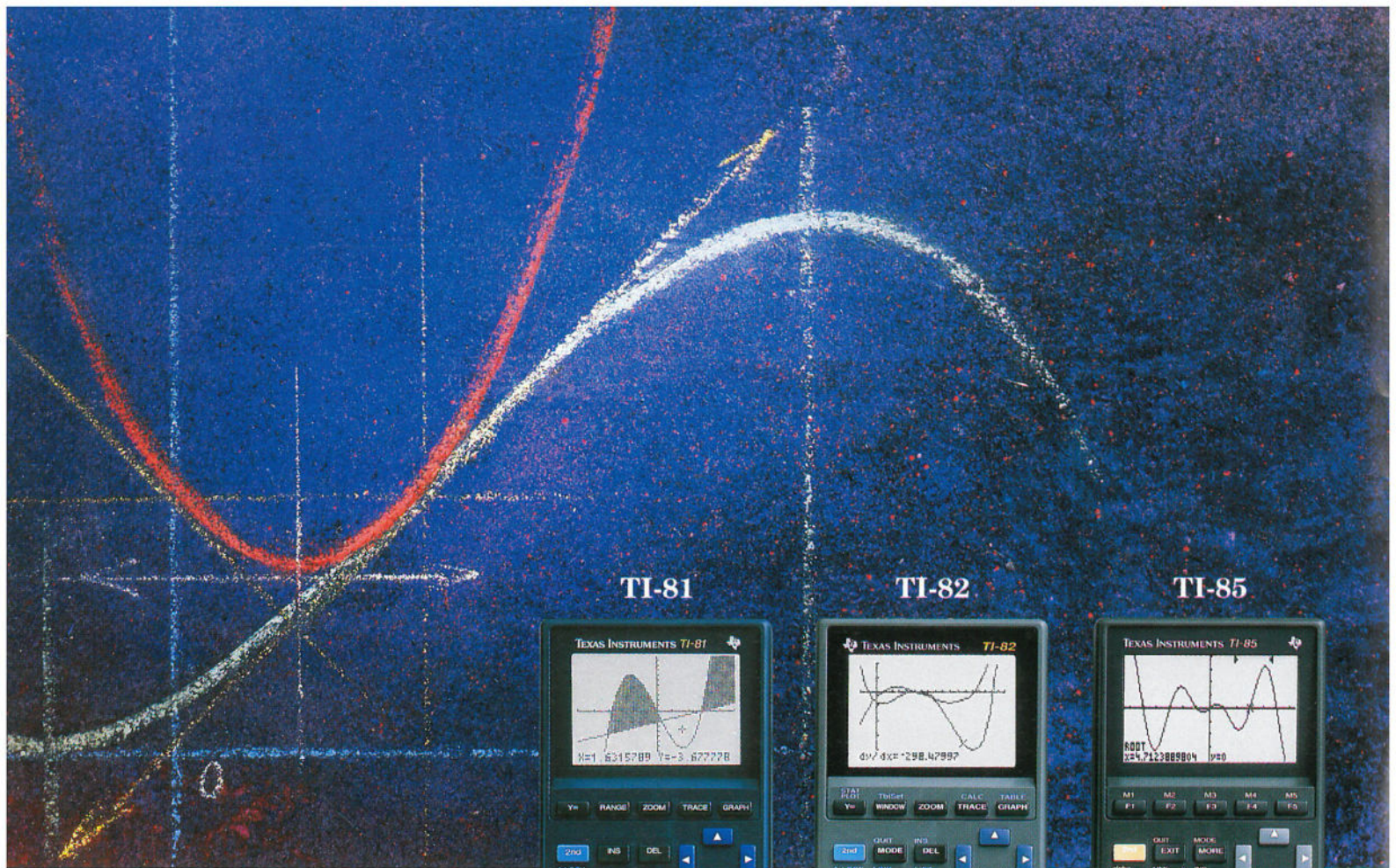
Jahn:
Neue Studiengänge 10

Gottwald/Kiel:
Wirtschaftsrecht 13

Minks:
Ingenieurstudium 16

NRW:
Fachhochschulen vor
der Wahl 23

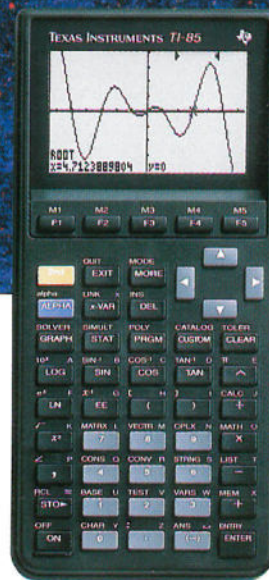
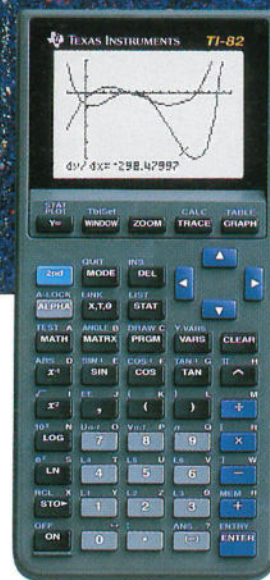
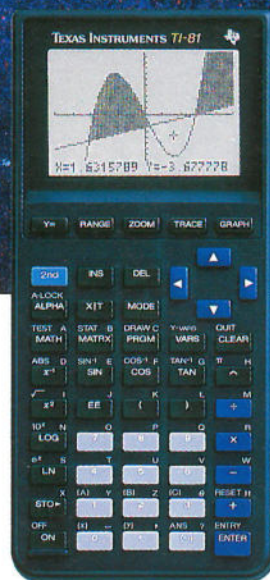




TI-81

TI-82

TI-85



TI-Graphikrechner

Wir haben Lehrern zugehört, wenn sie uns erklärten, welche Unterrichtshilfen sie bräuchten. Und wir haben Schülern zugehört, wenn sie uns erklärten, wie wir sie beim Lernen unterstützen könnten. Ergebnis? Die Familie der TI-Graphikrechner. In ihnen steckt die ganze Vielfalt an Lehr- und Lernmitteln, die alle Stufen des Mathematikunterrichts abdeckt – von der Sekundarstufe über den Schulabschluß bis zur Universität und darüber

IHRE SCHÜLER VERDIENEN DEN BESTEN. SIE AUCH.

hinaus – mit exakt der richtigen Funktionalität. Graphikrechner zeigen nicht nur Ergebnisse an, sie „erklären“ auch die Konzepte. Das führt rascher zum Verstehen, macht Mathematik zugänglich und verfügbar, läßt mehr Zeit für entdeckendes Lernen und fördert die Entwicklung eines wirklichen Interesses am Fach.

Sehen Sie sich das Graphikrechner-Programm von Texas Instruments einmal an: den **TI-81** für die Mittelstufe, den **TI-82** für die Sekundarstufe bis zum Schulabschluß und den **TI-85** für das Studium. Dann wählen Sie den Besten. Er kann Ihnen helfen, effektiver zu unterrichten, indem er Ihren Schülern hilft, effizienter zu lernen.



PC Graph Link

Funktionen	TI-81	TI-82	TI-85
Funktions-Graphen	bis zu 4	bis zu 10	bis zu 99
Parametrische Graphen	bis zu 3	bis zu 6	bis zu 99
Polare Graphen		bis zu 6	bis zu 99
Folgen-Graphen		bis zu 2	
Differentialgleichungs-Graphik			bis zur 9. Ordnung
Trace-Funktion	X	X	X
Wurzeln/Minima/Maxima		X	X
Zoom-Funktionen	7	13	15
Funktionswerte-Tabellen		X	
Matrizen	bis zu 3	bis zu 5	unbegrenzt*
max. Matrixgröße	6 x 6	30 x 30*	50 x 50*
max. Listenlänge		99	unbegrenzt*
Regressionsmodelle	5	8	8
Balken-/Liniendiagramme		X	
Split Screen		X	
Solver f. Gleichungssysteme			X
Komplexe Zahlen			X
Speichergröße	4,6 KB	32 KB	32 KB
2 Jahre Gewährleistung	X	X	X

* Je nach Gebrauch des Rechners können diese Zahlen verschieden sein. Bis zu 32 K RAM.

EXTENDING YOUR REACH™

**TEXAS
INSTRUMENTS**

Die neue Hochschule

Heft 2 • April • 1995

LEITARTIKEL

Karl-Heinz Bosman

Fachübergreifende Studien: Herausforderung für Hochschulen

4

h/b-AKTUELL

h/b-Presse

h/b-Tagebuch

7

8

Werner Kuntze

Fachhochschulforschung auf eigenen Wegen -
Forderungen aus einer Bestandsaufnahme

9

h/b-Besoldungsmodell: siehe **Postskriptum**

LeserService Versorgung und Beihilfe

9

AUFSÄTZE

Heidrun Jahn

Neue Studiengänge an Fachhochschulen

10

FH-Trends

12

Walther Gottwald und Peter Kiel

Wirtschaftsrechtsstudium in Lüneburg

13

Karl-Heinz Minks

Ingenieurstudium: Fähigkeiten und Bewertungen

16

h/b-Umfrage: Neuartige Studiengänge

18

RUBRIKEN

Meldungen

20

Aus Bund und Ländern

Bund: Mehr Geld für FuE

21

Baden-Württemberg: Kooperation-Schwäbisch

21

Bayern: ...nach der Wahl

22

Bremen: LVVO geändert

22

Hessen: Die neue Ministerin

23

NRW: Die Zukunft der FHN nach der Wahl

23

Saar: Landtagsausschuß in der HTWdS

24

Informationen und Berichte

Arbeitsmarkt Elektroingenieur

25

Arbeitsmarkt EDV-Fachleute

26

Kommunikation ist alles

30

Europa

25

Promotionen

28

Postskriptum:

30

Neues von Kollegen

30

Neuberufene

31

h/b-Dokumentation

32

● **Die nächsten Hefte: Beiträge erwünscht!**

27

Impressum

Herausgeber: Hochschullehrerbund -
Bundesvereinigung - e.V. (**h/b**)

Verlag: **h/b**, Rüngsdorfer Straße 4 c, 53173 Bonn,
Telefon (0228) 352271, Telefax (0228) 354512

Schriftleitung: Professor Dipl.-Ing. Karl-Heinz
Bosman (K.H.B.), Kiefernstraße 16a, 66129 Saar-
brücken, Telefon (06805) 1589,
Telefax (06805) 218123

Neues von Kollegen: Dr. Hubert Mücke (H.M.), **h/b**

Schlußredaktion: Dr. Hubert Mücke (H.M.), **h/b**

Verbands offiziell ist die Rubrik "**h/b-AKTUELL**".
Alle mit Namen des Autors/der Autorin versehenen
Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Auffassung
des **h/b** sowie der Mitgliedsverbände.

Nachdruck - auch auszugsweise und in anderen
Sprachen - nur nach vorheriger Genehmigung des
h/b mit Quellennachweis. Mitgliedern des **h/b** und
Abonnenten der Zeitschrift ist dies zu nicht-
kommerziellen Zwecken ohne vorherige
Genehmigung gestattet.

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Der Bezugspreis wird im Rahmen der Mitgliedschaft
zu den Landesverbänden des **h/b** abgegolten.

Jahresabonnements für Nichtmitglieder
DM 81,— (Inland), 84,— (Ausland)

Einzelhefte DM 16,—; Doppelhefte DM 22,—

Probeabonnement auf Anfrage

Abonnements werden für jeweils ein Kalenderjahr
erteilt und verlängern sich um ein Jahr, wenn sie
nicht bis zum 15. November des laufenden Jahres
gekündigt wurden.

Erfüllungs-, Zahlungsort und Gerichtsstand ist Bonn.

Satz, Belichtung und Versand:
CICERO, Auguststraße 12, 53229 Bonn

Druck: PR Druck, Auguststraße 10, 53229 Bonn



Redaktionsschluß für Ausgabe 3/95: 31. Mai 1995

Grafik: Entwurf Bosman/Litwinski, Umsetzung: CICERO

Fachübergreifende Studien: Herausforderung für Hochschulen

Fachübergreifende Studieninhalte werden für die Ausbildung von Hochschulabsolventen verstärkt von der Wirtschaft gefordert. U.a. liegen seit 1990 Vorschläge des VDI für fächerübergreifende Studieninhalte der Ingenieurausbildung vor. Das fachübergreifende Studium, das notwendigerweise zum fachübergreifenden Denken führt, sollte durch Sozialkompetenz und "Schlüsselqualifikationen" ergänzt werden. Europakompetenz wird als das i-Tüpfelchen der Schlüsselqualifikation angesehen.

Bei einem Festvortrag in Saarbrücken anlässlich des 10jährigen Jubiläums der Zentrale für Produktivität und Technologie Saar e. V. berichtete Prof. Dr. Hans-Jürgen Warnecke von den Ergebnissen der baden-württembergischen Zukunftskommission Wirtschaft 2000. Demnach haben Automobilzulieferer und Maschinenbauunternehmen im Vergleich zu ihren weltbesten Wettbewerbern einen mittleren Kostennachteil von 30 %. Die nähere Analyse ergab eine Dreiteilung der maßgebenden Ursachen: Ein Drittel war darauf zurückzuführen, daß die angebotenen Produkte nicht herstellungsgerecht und nicht marktgerecht sind. Das 2. Drittel läßt sich auf ungünstige Abläufe, hierarchische Strukturen und falsche Führungsmethoden zurückführen. Das 3. Drittel schließlich beruht auf tariflichen Regelungen und Gesetzesauflagen.

Die Vermutung liegt nahe, daß die o. g. Schwierigkeiten der Betriebe teilweise auch den Hochschulen angelastet werden können, weil diese möglicherweise der außerfachlichen oder besser gesagt der fachübergreifenden Qualifikation ihrer Absolventen zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Hierzu zwei beispielhafte Zitate aus den VDI-Nachrichten. Dort wird in der Ausgabe vom 09.12.94 unter dem Titel "Teamfähigkeit wird an Universitäten nicht gelehrt" ausgeführt: "Zweifünftel der Personalexperten sind der Ansicht, daß die BWL-Absolventen (der Universitäten) zu wenig soziale Kompetenz, z. B. Teamgeist, mitbringen. Außerdem ist von fehlender Leistungsmotivation die Rede..."

In der Ausgabe vom 17.02.95 wird Dr. Reinhold Weiß, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), zitiert, der folgende Schwachstellen bei den Absolventen der Fachhochschulen nennt: "Mangelndes Führungsverhalten, unterentwickelte Fähigkeit zum Denken in übergeordneten Zusammenhängen, fehlende Integration in der Arbeitsorganisation und nicht ausreichende Fremdsprachenkenntnisse."

Ohne solche Stimmen aus der Wirtschaft überzubewerten, scheint es ratsam, daß sich die Hochschulen daran orientieren. Sie sind daher gefordert, Strategien zu entwickeln, um die "Fachblindheit" der Absolventen zu reduzieren und gleichzeitig deren Sozialkompetenz zu verbessern; und zu diesen Strategien gehören an erster Stelle fachübergreifende Studieninhalte. Mit Scheingefechten um Definitionen sollte man keine Zeit verlieren. Weder der allumfassende "Generalist" noch der mundgerechte "Spezialist" sind gefragt; die Wahrheit liegt wie so oft zwischen den Extremvorstellungen. Sie ist aber auch kein arithmetisches Mittel derselben.

Der Begriff fachübergreifend - ersetzbar durch den Begriff interdisziplinär, wenn Fächer mehrerer Wissenschaftsbereiche angesprochen sind - kann somit als Handlungsanweisung für die Formulierung von Studieninhalten gelten. Da "draußen in der Praxis" die Durchführung von Projekten in der Regel von interdisziplinärer Zusammenarbeit geprägt ist, muß die Hochschulausbildung dieser Tatsache Rechnung tragen.

Die Arbeitgeber wünschen sich im Idealfall Mitarbeiter mit fachlicher, methodischer und sozialer Kompetenz. Sieht man diese Kompetenzen vereinfacht als Kreise an, die sich gegenseitig überschneiden, so kann deren gemeinsame "Schnittmenge" als die Handlungskompetenz gedeutet werden. Gesellen sich zu diesen Kompetenzen dann noch die das Persönlichkeitsprofil beschreibenden Schlüsselqualifikationen, ist die Eignung als Führungskraft gegeben. Schlüsselqualifikationen beschreiben etwas unscharf die charakterlichen, kognitiven und kommunikativen Fähigkeiten einer Persönlichkeit. Sie lassen sich nicht einfach lehren; sondern sie erwachsen indirekt dem Bildungsprozeß, der möglichst ganzheitlich angelegt sein sollte. Es besteht die Einschätzung, daß Schlüsselqualifikationen in konkreten Situationen erworben werden, wobei die Lernmethoden und Lernorte durch Abwechslung und Vielfalt gekennzeichnet sind. Hier scheint besonders an den Fachhochschulen ein noch brach liegendes Feld vorhanden zu sein, das sich zu bestellen lohnt.

Es scheint fast überflüssig anzumerken, daß aufgrund der komplexen und sich ständig wandelnden Zusammenhänge in Gesellschaft

Text:

Professor Karl-Heinz Bosman
Kiefernstraße 16a
66129 Saarbrücken

und Wirtschaft die fachlichen und überfachlichen einschließlich der Schlüsselqualifikationen nicht exakt abgrenzbar und quantifizierbar sind. Allein schon aus diesem Grunde können und sollen die Hochschulen nicht den 100 % bedarfsgerechten Absolventen für die Arbeitgeber ausbilden. Sie sollen eine weitgehende Berufsfähigkeit des Absolventen vorbereiten, ohne ihn durch übermäßiges Spezialistentum in die Sackgasse (der Arbeitslosigkeit) zu leiten.

Die Studieninhalte sollten sich im Prinzip an der "Halbwertzeit des Wissens" orientieren. Dieser Aspekt, der automatisch zur Frage der "Weiterbildung nach dem Studium" führt, wird noch viel zu wenig beachtet. Fächer mit hoher Halbwertzeit gehören in das Grundstudium, Fächer geringerer Halbwertzeit bei gleichzeitig größerer Praxisnähe demnach ins Fachstudium, das jedoch auch fachübergreifend angelegt werden muß. Denn richtig angelegtes fachübergreifendes Studium führt zwangsläufig zu fachübergreifendem Denken. Der VDI empfiehlt bereits seit 1990 für Ingenieurstudiengänge mindestens 10 % fachübergreifende Lehrinhalte des Gesamtstudiums. Diese Empfehlung bezieht sich vor allem auf Systemzusammenhänge der Technik, Umwelt und Gesellschaft. Die Fachhochschulen sind von der Umsetzung dieser Empfehlung noch weit entfernt, obgleich die folgende Argumentation jedermann einleuchten sollte. Ein technisch orientiertes Studium sollte z. B. durch fachübergreifende Kenntnisse in der Betriebswirtschaft, in Rechtsfragen und in Fremdsprachen ergänzt werden. Umgekehrt sind für ein betriebswirtschaftliches oder sozialwissenschaftliches Studium fachübergreifende Technikfächer sowie Fremdsprachen sinnvoll. Dem Fach Technikfolgenabschätzung könnte sowohl für technische als auch für nichttechnische Studiengänge eine besondere Vermittlerrolle zukommen.

Die konsequente Verfolgung des sich wechselseitig ergänzenden Fachstudiums führt denn auch zu kombinierten Studiengängen wie Wirtschaftsinformatiker, Wirtschaftsjurist, Wirtschaftsingenieur sowie Technischer Betriebswirt usw. Hier ist fachübergreifendes Studium das regierende Prinzip. Und die Berufsaussichten dieser Absolventen am Arbeitsmarkt bestäti-

gen den hier eingeschlagenen Weg des fachübergreifenden Studiums.

Noch ein Wort zur Fachqualifikation von Absolventen mit fachübergreifenden Studieninhalten: Es ergibt sich bei dem daraus folgenden Umbau der Curricula, daß von "unverzichtbaren" Studieninhalten zumindest teilweise Abstand genommen werden muß. Bei umsichtiger Planung und Fortschreibung der Studieninhalte sind weder "Schmal-spurexperten" noch "Dünnbrettbohrer" zu erwarten. Möglicherweise wird in Zukunft das Fachübergreifende selbstverständlich und damit fachimmanent. Andererseits muß auch den Studenten etwas mehr als bisher abverlangt werden können, wenn es um den Abbau von Schwachstellen geht. Eine zusätzliche Belastung scheint gerade beim Erwerb der sozialen Kompetenz, dem "Schmiermittel" zwischen fachlicher und fachübergreifender Kompetenz, unumgänglich zu sein. Der Erwerb von sozialer Kompetenz - Menschenführung, Teamfähigkeit, Kontaktfähigkeit u. ä. - läßt sich auf vielen Wegen fördern. Neben der Gruppenarbeit im Rahmen von Projektarbeiten erscheint der Ansatz der Ruhr-Universität Bochum überlegens- und nachahmungswert zu sein. Dort werden Trainingseminare gemeinsam für Betriebswirte, Ingenieure und Sozialwissenschaftler angeboten, die über die Teamfähigkeit hinaus auch die Verständnissfähigkeit im Hinblick auf die jeweilige Fachsprache fördern sollen.

Inzwischen ist allgemein anerkannt, daß heutzutage das einmal erworbene Wissen nicht mehr wie in der Vergangenheit für ein ganzes Berufsleben ausreicht. Die folgende Rechnung nach Meyer-Abich/Weinert¹⁾ führt diesen Sachverhalt besonders deutlich vor Augen: Unterstellt man z. B. bei einem vierjährigen Studium, daß 1. etwa die Hälfte des Gelernten lebenslang nützlich bleibt, 2. die andere Hälfte bei einer Halbwertzeit von 10 Jahren veraltet, so bedeutet dies, daß nach 10 Jahren zwei der vier Studienjahre halb, d. h. ein Studienjahr "verfallen" ist. Das bedeutet einen Weiterbildungsbedarf von 0,1 Studienjahren/Jahr oder 1/2 Tag pro Fünftagewoche. Hier liegt ein in Zukunft riesiges Weiterbildungsfeld der Hochschulen, an dem auch die Fachhochschulen partizipieren müssen. So sind auch neue Studienformen denkbar, wenn man Fachstudi-

Glossar

Methodische Kompetenz

ist gekennzeichnet durch:

- analytisches Denken: systematische Annäherung an eine Fragestellung
- strukturierendes Denken: Informationen klassifizieren
- logisches Denken: logische Schlußfolgerungen ziehen
- kontextuelles Denken: Zusammenhänge und Interdependenzen verstehen
- kreatives Denken: Informationen neu kombinieren
- kritisches Denken
- Lerntechniken
- Dokumentation
- Nutzung von Informationsangeboten
- Umgang mit Literatur, Bibliotheken, Datenbanken

Soziale Kompetenz

resultiert aus dem synergistischen Zusammenwirken von:

- Selbst-Bewußt-Sein
- Verantwortungs-Bewußt-Sein
- Mündig-Sein

woraus sich beispielsweise folgende Einzelfaktoren ergeben:

- Selbstkontrolle und Selbststeuerung
- Kommunikationsfähigkeit
- Einflußnahme und Gestaltungswille
- Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit
- Arbeiten im Team
- gruppenintegratives Verhalten
- Menschenkenntnis
- Coaching-Fähigkeit
- soziale Sensibilität
- Entscheidungsfähigkeit
- Verantwortungsmotivation und -verhalten
- Auftreten
- Sprache/ Ausdruck

Schlüsselqualifikationen

Folgende Fähigkeiten lassen sich benennen:

- Charakterliche Grundfähigkeiten
 - Verschwiegenheit/Taktgefühl
 - Ertragen von Streß
 - Akzeptieren von/Bereitschaft zu Alleinarbeit
- Allgemeine kognitive Leistungsfähigkeit
 - Denken in Zusammenhängen
 - Rechnerische Fähigkeiten
 - Fähigkeiten zu planen und organisieren
- Kommunikative Fähigkeiten
 - Befähigung zum Umgang mit Menschen
 - Einfühlungsvermögen in andere Menschen
 - Sprachliches Ausdrucksvermögen
 - Verhandlungsgeschick
 - Gepflegtes Äußeres
 - Bereitschaft und Fähigkeit zur Teamarbeit

Auszüge aus: Christiane Konegen-Grenier, Winfried Schlaffke (Hrsgg.), Praxisbezug und Soziale Kompetenz, Hochschule und Wirtschaft im Dialog, Köln 1994

um, fachübergreifendem Studium und Weiterbildung neue Prioritäten zuweist.

Und nicht zuletzt, wo bleibt die vielfach geforderte Europakompetenz? Sie ist als das i-Tüpfelchen der Schlüsselqualifikationen anzusehen, vor allem unverzichtbar für Führungskräfte, und Führungskräfte wollen die Hochschulen nach eigenem Anspruch ausbilden. Gute Fremdsprachenkenntnisse gepaart mit der Kenntnis der Mentalität und Kultur des Partnerlandes machen diese Kompetenz aus, die gleichzeitig Mobilität und Flexibilität zur Voraussetzung hat. Die eindrucksvolle Erfahrung eines Auslandsstudiums oder eines Praxissemesters im Ausland ist ex cathedra nicht vermittelbar.

Mit der Fremdsprachenausbildung tun sich bekanntlich viele In-

genieure schwer. Das liegt sicher auch an dem nicht belegten, wenn gleich gern befolgten Vorurteil, daß die "naturwissenschaftlich begabten Techniker" nicht sonderlich sprachbegabt seien. Fremdsprachenkenntnisse werden ohne Unterschied heute von allen Wirtschaftsbranchen als Mitarbeiterqualifikation nachgefragt. Die Weltsprache Englisch ist für Führungskräfte ein Muß. Sie ist die "Kommerz-Sprache" schlechthin. Von Nutzen für den Hochschulabsolvent ist aber auch die Kenntnis einer weiteren Fremdsprache. Denn wie *Prof. Dr. Robert Picht* bei der Betreuung von deutsch-französischen Forschungsgruppen feststellen konnte, wurden gerade bei komplexen High-Tech-Projekten in den innovativsten binationalen Gruppen wechselseitig die Muttersprache Deutsch oder

Französisch zur besseren Verständigung verwandt. Die Übertragung dieser Erkenntnis auf andere europäische Sprachen wie Spanisch, Italienisch, Holländisch, Polnisch usw. ist sicher zulässig.

Die konsequente Einführung fachübergreifender Studieninhalte und die Förderung von Sozialkompetenz erfordert neben den entsprechenden Curriкулakzepten organisatorische, kommunikative und nicht zuletzt auch finanzielle Anstrengungen über die Fachbereichsgrenzen hinweg. Die Umsetzung dieser Aufgabe ist gleichzeitig die Nagelprobe für die Interdisziplinarität und Sozialkompetenz der Lehrkörper.

Karl-Heinz Bosman

1) Ausführung anlässlich einer Veranstaltung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des *hfb* und des Instituts der deutschen Wirtschaft am 25.03.93 in Köln

Die Bedeutung außerfachlicher Qualifikationen

Qualifikationen	Wirtschaftswissenschaftler	Ingenieure
Intellektuelle Fähigkeiten/ geistige Flexibilität		
- Fähigkeit, Probleme und ihre Bedeutung zu erkennen und in Zusammenhänge einzuordnen	4,6	4,7
- Fähigkeit, analytisch und methodisch zu denken	4,3	4,8
- Fähigkeit, praxisnah zu denken	4,3	4,7
- Fähigkeit, kreativ zu denken	3,8	4,7
- Fähigkeit, zu lernen und das Gelernte auf neue Aufgabengebiete zu übertragen	4,2	4,5
Soziale und kommunikative Fertigkeiten		
- Fähigkeit, Mitarbeiter zu führen und zu motivieren	4,3	4,4
- Fähigkeit, zu verhandeln und in Diskussion zu überzeugen	4,3	4,1
- Fähigkeit, soziale Probleme im Unternehmen zu erkennen und zu lösen (Konfliktmanagement)	3,8	3,8
- Fähigkeit, sich durchzusetzen	3,9	4,2
- Fähigkeit, im Team zu arbeiten und sich anzupassen	4,2	4,5
- Fähigkeit, Kontakte zu knüpfen	4,0	3,8
- sprachliches Ausdrucksvermögen	4,1	3,9
Zielstrebigkeit/Leistungsfähigkeit		
- Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen	4,3	4,5
- Bereitschaft, im Betrieb neue Aufgaben und/oder übergeordnete Aufgaben zu übernehmen	4,1	4,3
- Fähigkeit, die Arbeitsleistung an Zielen und Ergebnissen auszurichten	4,2	4,5
- Fähigkeit zur Bewältigung von Streß und Konflikten	4,0	4,2
Sprachen		
- Englisch	3,9	4,1
- Französisch	2,7	3,0
- Sonstige	3,8	4,1
EDV-Kenntnisse		
- Hardwarekenntnisse	2,6	3,7
- betriebswirtschaftliche bzw. techn. Software-Programme, Programmiersprachen	3,4	4,0
- Gerätebedienung (Statik, Programme etc.)	3,4	3,9
Jura-Kenntnisse		
	3,0	2,6
Betriebswirtschaftliche Kenntnisse sind für Techniker		
	-	3,9
Technische Kenntnisse sind für Wirtschaftswissenschaftler		
	3,0	-

1= nicht von Bedeutung
5= von sehr großer Bedeutung

Quelle: Birgit Spreter-Müller, Außerfachliche Qualifikationen in der Wirtschaft, in: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Studien Bildung Wissenschaft Nr. 62, Bonn 1988. Angeschrieben wurden über 1000 mittlere und große Unternehmen aller Branchen. Ausgewertet wurden 246 Fragebögen.

Frankfurter Allgemeine

Gleiche Besoldung

„Hochschulpolitische Forderungen“ hat der *hfb* am Donnerstag in Bonn vorgestellt. *Präsident Kuntze* sagte, daß die Attraktivität der Fachhochschulen allseits anerkannt werde, daß aber ihr von allen Bildungspolitikern gewünschter Ausbau ohne einschneidende Veränderungen des öffentlichen Dienstes nicht möglich sei. Auf längere Sicht müßten alle Fachhochschulprofessoren in die Besoldungsgruppe C3 eingestuft werden... Um trotz leerer Kassen die Verbesserungen finanzierbar zu machen, schlägt der *hfb* in einem Schreiben an die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, *Raab* (SPD), vor, die Besoldung aller neuberufenen Fachhochschulprofessoren auf die Dauer von fünf Jahren auf C2 zu senken, bevor sie in die höhere Besoldungsgruppe überführt werden.

Wenn die Fachhochschulen ausgebaut werden sollen, müßten außerdem Mittel von den Universitäten zu den Fachhochschulen umgeschichtet werden.

Barbara Mohr in:
FAZ vom 3. März 1995

DIE WELT

Der lautlose Weg der Fhn

...Um den Mittelbau zu stärken, müßten für FH-Absolventen entsprechende Stellen eingerichtet werden. Langfristig, so *Kuntze*, gelte es, Fachhochschul-Graduiertenkollegs zu schaffen, um die wissenschaftliche Weiterbildung zu ermöglichen. In diesen Einrichtungen könnten Fachhochschulen und Universitäten zusammenarbeiten, nicht zuletzt bei praxisbezogenen Projekten.

Ein Praxissemester, das die Lehrveranstaltungen mit einer Ausbildung im Betrieb verbindet, hält *Kuntze* für notwendig. Vor allem sollten die Fachhochschulen auf eine am Berufsziel orientierte Ausbildung setzen. Dabei denkt *Kuntze* an ein Modell, bei dem die Studenten neben einer Lehre im Betrieb parallel an der Hochschule studieren können. Dies könne auch „auf lautlosem Wege“ wie an der Fachhochschule Osnabrück geschehen: „Dort

ist es im Fach Betriebswirtschaftslehre üblich, daß vier bis fünf Studenten pro Semester auf 20-Stunden-Basis in ihrem Ausbildungsbetrieb arbeiten und gleichzeitig studieren.“

Brigitte Linden in:
Die Welt vom 11. März 1995

dpa - Dienst für Kulturpolitik

Graduiertenkollegs

Der Hochschullehrerbund (*hfb*) will den Ausbau der anwendungsorientierten Forschung an den Fachhochschulen. Zu deren Weiterentwicklung sollen außerdem Graduiertenkollegs für den wissenschaftlichen Nachwuchs beitragen. Mit diesen Forderungen trat *hfb*-Präsident *Werner Kuntze* am 2. März in Bonn vor die Presse.

In seinen „Hochschulpolitischen Forderungen zur Weiterentwicklung der Fachhochschulen“ kritisiert er das Ausbleiben einer öffentlichen Dienstrechtsreform. „Die hochschulpolitische Forderung, daß die Fachhochschule im Verhältnis zur Universität ‘andersartig, aber gleichwertig’ sei, hat keine dienstrechtliche Entsprechung gefunden“, so der *hfb*.

Ämter und Funktionen im öffentlichen Dienst sollen nach den Vorstellungen des *hfb* „hochschulartunabhängig allein nach Leistungs- und Eignungsprofil“ der Bewerber besetzt werden. Ohnehin werde die Einführung neuer Studiengänge an den FHN, wie Jura oder das Lehramt

an Berufsschulen, eine „Lösung des Laufbahnproblems erzwingen“.

Kuntze sprach sich abermals für eine Erweiterung des Fächerspektrums aus. Diese sei notwendig, wenn tatsächlich 40 Prozent der Studenten an diesem Hochschultyp untergebracht werden sollten, wie von der Politik angekündigt. Bei den Lehramtsstudiengängen sprach er sich aber lediglich für die Übernahme der Berufsschullehrerausbildung aus. „Die anderen Studiengänge passen nicht so recht in unser Ausbildungsprofil“, so *Kuntze*. Darüber hinaus sollten die Fachhochschulen Aufgaben der Weiterbildung übernehmen.

Bärbel Schubert in: dpa - Dienst für Kulturpolitik vom 6. März 1995

VDI nachrichten

Was müssen Fachhochschulin ingenieure können?

Wegen ihrer praxisnahen Ausbildung werden Fachhochschulen gerne über den grünen Klee gelobt. Doch nun entdeckt ausgerechnet das Institut der deutschen Wirtschaft gravierende Mängel: FH-Absolventen lassen Führungsqualitäten und übergreifendes Denken vermissen.

In einer Studie des IW wird den Uni-Abgängern zwar ein erheblicher Mangel an Praxisbezug attestiert, doch wenn es um das „analytische und konzeptionelle Denkvermögen“ geht, werden die FH-Absolventen



V.l.n.r.: Angelika Fritsche und Frau Lindner (DUZ), Marco Finetti (Die Zeit und Süddeutsche Zeitung), Dr. Barbara Mohr (FAZ), Dr. Brigitte Linden (Die Welt), Bärbel Schubert (dpa)

„signifikant schlechter“ beurteilt. Steht schließlich die Frage im Mittelpunkt, welche Nachwuchskräfte sich speziell für Führungspositionen eignen, werden den FH-Kandidaten deutlich schlechtere Chancen bescheinigt...

„An dem Ergebnis der IW-Studie ist was dran“, sagt auch der *h/b*-Präsident Prof. Werner Kuntze, Betriebswirt an der FH Osnabrück. Er ist der Meinung, daß die FH-Professoren „mehr für die Teamfähigkeit, das Arbeiten in Gruppen, tun könnten“. Kuntze führt die Unterschiede auch auf eine „andere Sozialisationsphase vieler FH-Studenten zurück, die im Unterschied zu Uni- oder TH-Studenten nicht so häufig aus akademisch geprägten Elternhäusern stammen“. Trotz allem wehrt sich Kuntze gegen die Idealvorstellung der Wirtschaft, Fachhochschulen könnten zugleich fachlich und außerfachlich intensiv geschulte Akademiker ausbilden: „Man kann für das gleiche Geld nicht doppelt so gute Produkte verlangen.“ Wenn die übergeordnete Denkweise eines Promovierten gefordert wird, dann müssen die Fachhochschulen sagen: „Das können wir einfach nicht liefern.“

Stefan Willeke in:
VDI nachrichten
vom 17. Februar 1995

Stimmungsmache

Am 10. März stellte der *h/b* dem Vorsitzenden des Innenausschusses, Dr. Willfried Penner (SPD), die „Hochschulpolitischen Forderungen“ des *h/b* sowie das *h/b*-Besoldungsmodell vor. Der *h/b* machte darauf aufmerksam, daß Hochschule und Wissenschaft zu den grundlegenden Aufgaben staatlicher Zukunftssicherung gehören. Daher müsse die Ausstattung der Hochschullehrer in allen Bundesländern auch weiterhin gesetzlicher Regelung und parlamentarischer Kontrolle vorbehalten bleiben. Herr Penner bedauerte das negative Bild des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit. Veränderungen im Hochschulbereich müßten vor dem Hintergrund einer Reform des gesamten öffentlichen Dienstes bewertet werden. Er zeigte aber Verständnis für die besondere Situation an den Fachhochschulen und bat darum, die für Innenpolitik zuständigen Obleute der Bundestagsfraktionen zu informieren.



Besonderes Interesse zeigte Penner für die Problematik der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, deren Zukunft nach Privatisierung von Bahn und Post unsicher scheint. Herr Penner versprach, sich dafür einzusetzen, daß der Innenausschuß auf seiner nächsten Sitzung einen Tagesordnungspunkt „Zukunft der FH-Bund nach Privatisierung von Bahn und Post“ behandelt.

Herr Dr. Penner ist seit dem 1. Januar 1995 Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. Er löst Gottfried Bernrath (SPD) ab, welcher in den Vorstand der Telekom wechselte.

h/b-TAGEBUCH

Samstag, 14. Januar

Gemeinsam mit dem Zentralverband der Ingenieurvereine (ZBI) Ausarbeitung eines Modells zur gleichberechtigten Einstufung von FH-Absolventen im öffentlichen Dienst: Alle Hochschulabsolventen einer Fächergruppe durchlaufen den gleichen Vorbereitungsdienst. Aufgrund der Ergebnisse wird in Laufbahnen bzw. Besoldungsstufen eingestuft. Zusätzliche höherbewertete Planstellen sind nicht erforderlich. Das Modell ist weitgehend kostenneutral.

Donnerstag, 19. Januar

Gespräch mit MdB Jork (Sachsen). Der einschneidende Stellenabbau hat die Menschen in den neuen Ländern „befindlich“ gemacht. Trotzdem, der Anspruch an die Qualität der eigenen Arbeit ist hoch. Wird er dem Alltag an den Fachhochschulen standhalten?

Freitag, 17. Februar

Die Mitglieder der Redaktionskonferenz der DNH - Bosman, Mücke, Wiesner - legen Schwerpunkte und

Strategien fest. Am 3. Oktober soll ein Sonderheft Wiedervereinigung erscheinen. Dann jährt sich die Unterzeichnung des Einigungsvertrages zum fünften Mal.

Montag/Dienstag, 20./21. Februar

Hochschulexperten treffen sich in Bonn, um über den Hochschul-lehrerberuf im internationalen Vergleich zu sprechen. Die Vertreter der Fachhochschulen (Kottmann/FRK und Winkel/h/b) müssen erneut feststellen: An den Fachhochschulen ist eben doch alles anders.

Donnerstag, 2. März

Der *h/b* vor der Presse: Kuntze, Winkel und Mücke stellen die „Hochschulpolitischen Forderungen“ und das „*h/b*-Besoldungsmodell“ vor.

Freitag, 3. März

Das Bundespräsidium beschließt die Ausweitung der Serviceleistungen für die Mitglieder des *h/b* und weitere Maßnahmen zur Verbreitung des Besoldungsmodells. Wir setzen auf Ihre Unterstützung!

Mittwoch, 22. März

Anhörung zum Umweltgutachter- und Standortregistrierungsgesetz: Dahinter verbirgt sich die von der EU erzwungene Notwendigkeit, die gesetzlichen Bedingungen für die Zertifizierung von Unternehmen zu schaffen, um deren Umweltmanagement zu bewerten. Das Bundesumweltministerium will die Hochschullehrer von diesem lukrativen Markt fernhalten. Der *h/b* setzt sich gemeinsam mit dem Deutschen Hochschulverband für deren Zugang ein.

Dienstag/Mittwoch, 28./29. März

Forschungstagung in Zwickau: Kuntze schlägt „Forschungsagenturen“ an den Fachhochschulen vor. Bosman auf der Jagd nach potentiellen Autoren für die DNH.

Dienstag, 25. April

Sitzung der Deutschen Kommission für Ingenieurausbildung. Die Teilnehmer verabschieden eine Stellungnahme gegen die Gleichwertigkeit und Ausweitung der Berufsakademien.

Fachhochschulforschung auf eigenen Wegen - Forderungen aus einer Bestandsaufnahme

Die folgenden Forderungen wurden während eines Statements für die Arbeitsgruppe 1 "Organisation der Forschung" innerhalb der Tagung "Angewandte Forschung an Fachhochschulen" an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau am 28./29. März 1995 zur Diskussion gestellt.

Allein schon die Tatsache, daß sich Fachhochschulen, Politik und Verwaltung in Zwickau mit dem Thema der Forschung an Fachhochschulen beschäftigen, ist ein Zeichen dafür, daß jene Zeiten der Vergangenheit angehören, in denen man in Politik und Ministerialverwaltung keine Notwendigkeit sah, Fachhochschulen auch nur bescheidene Forschungsmöglichkeiten zu eröffnen. Der positive Sinneswandel hat verschiedene Ursachen:

- Akzeptanz der Fachhochschulen im Beschäftigungssystem
- Änderungen in der Personalstruktur der Hochschulen
- Generelle Einführung von Diplomarbeiten (Nachfrage nach praxisorientierten Themenstellungen mit Ansatzpunkten für weitere FuE)
- Einführung von Praxissemestern (Intensivierung der Verbindungen zwischen Hochschule und Unternehmungen etc.)
- Diskussion um den Standort Deutschland (Notwendigkeit eines schnelleren und weiter- bzw. tiefergehenden Technologietransfers)
- Erfolg bei der bisherigen Forschungsarbeit

Aus den geänderten Rahmenbedingungen leiten sich Forderungen für eine künftige FH-Forschung ab:

FH-Forschung muß wie die Fachhochschulen ein eigenes Profil entwickeln.

- überwiegend anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung
- kurz- bis mittelfristige Aufträge mit konkreter Aufgabenstellung
- hinreichende Spezialisierung bei hoher Flexibilität

Die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren müssen bleiben und konsequent eingehalten werden.

- wissenschaftliche und praktische Qualifikationen sind gleichermaßen nötig

Gezielte Freistellungen von der Lehre für Forschungsaufgaben sind unbedingt nötig.

- Forschungsaktivitäten müssen ihren zeitlichen Ausgleich finden
- ein Forschungspool von mindestens 7% des Lehrdeputats pro Hochschule
- Forschung muß explizit Teil der Dienstaufgaben aller Professorinnen und Professoren werden

Eine ausreichende Anzahl qualifizierter wissenschaftlicher Mitarbeiter ist unerlässlich.

- Dauerstellen von Mitarbeitern sind z.T. in zeitlich befristete Stellen umzuwandeln
- in der Forschung erfolgreich tätige Mitarbeiter sind zusätzlich zu zertifizieren
- Graduiertenkollegs sollen u.a. der dauerhaften personellen Verstärkung dienen

Der Wettbewerb um Forschungsmittel muß erhalten werden.

- öffentliche Ausschreibung von Forschungsaufträgen
- externe Prüfung von Projektanträgen

Die Durchsichtigkeit der Mittelvergabe ist zu verbessern.

- eine Forschungsagentur kann die Zahl der Ansprechstellen verringern
- Förderprogramme sollten erfolgreiche Anträge und die Erfolgsquote veröffentlichen

Der Forschungserfolg ist zu dokumentieren und ggf. zu überprüfen.

- Veröffentlichung öffentlich finanzierter Forschung
- ohne Erfolgskontrolle entstehen Wettbewerbsverzerrungen

Eine Überbrückungsfinanzierung von Instituten bei Auftragsmangel ist anzustreben.

- die mehrmalige Entlassung und Wiedereinstellung von Personal ist zu vermeiden
- Geräte und Personal sind gleichmäßig auszulasten

Die Forschung in An-Instituten sollte möglichst eng mit den Fachhochschulen verzahnt bleiben und bei besserer Haushaltslage teilweise in die Hochschulen zurückverlagert werden.

- eine wachsende Entfremdung von Hochschule und Institut führt zu Reibungsverlusten
- gute Ausbildung in der Hochschule erfordert Forschung und Lehre am gleichen Ort
- hinreichende Grundausstattungen sind Basis jeder Forschung in der Hochschule

Werner Kuntze

Versorgung

Sie kommen neu an die Fachhochschule. Sie stehen vor der Pensionierung. Wer kennt sich schon aus im Vorschriften-Dschungel?

Mit welcher Wartezeit muß ich rechnen, bevor der Versorgungsanspruch eintritt? Wie ist meine Familie abgesichert? Kann ich die Höchstgrenze erreichen?

Auf diese und alle weiteren Fragen gibt Ihnen der Hochschullehrerbund Antwort.

Wir konnten Herrn Dozenten Kowitzki gewinnen, Sie in allen Fragen individuell zu informieren.

Beihilfe

Mitglieder informieren den h/b in jüngster Zeit über Probleme bei der Abrechnung von Arztkosten mit Beihilfestelle und Versicherer. Wir würden gerne Abhilfe schaffen. Hierzu benötigen wir eine möglichst umfassende Übersicht über alle anfallenden Probleme.

Bitte schreiben Sie uns! Schildern Sie Ihre Probleme mit Arzt, Beihilfestelle und Versicherer! Wir konnten einen Sachverständigen gewinnen, der Sie in unserem Auftrag berät.

Richten Sie Anfragen bitte an:
Hochschullehrerbund - Bundesvereinigung
Rüngsdorfer Straße 4c
53173 Bonn
Telefon: (0228) 35 22 71

Leserservice

Neue Studiengänge an Fachhochschulen

Neue Qualifikationsanforderungen an Fachhochschulabsolventen erfordern eine Verstärkung interdisziplinärer Studieninhalte. Die Autorin führt als Beispiele neuer Studiengänge das Ausbildungsprofil der FHTW Berlin sowie den "kooperativen" Studiengang "Kreditwirtschaft" der Fachhochschule Köln auf. Sie verweist auf die Notwendigkeit systematischer Voruntersuchungen vor der Einrichtung neuer Studiengänge.

Text:

Dr. Heidrun Jahn
Projektgruppe Hochschulforschung
Berlin-Karlshorst
Aristotelessteig 4
10318 Berlin



Die Erweiterung des Fächerspektrums durch Einrichtung neuer Studiengänge an Fachhochschulen ist ein aktuelles hochschulpolitisches Thema. Spätestens seit der Genehmigung eines Studienganges für Wirtschaftsjuristen an der Fachhochschule in Lüneburg werden Stimmen laut, die sich dagegen wenden, Studiengangsentwicklung an Fachhochschulen auf eine solche Weise zu betreiben. Die vom Deutschen Juristen-Fakultätentag abgegebene Stellungnahme zur "Fachhochschulausbildung sogenannter Wirtschaftsjuristen"¹⁾ zeigt nicht nur, woher die Kritik kommt, sondern beispielhaft auch, daß immer dann mit besonderen Schwierigkeiten für neue Studiengänge an Fachhochschulen zu rechnen ist, wenn alte Hierarchien, universitäre Interessen und Besitzstände mit der Einrichtung von Fachhochschulstudiengängen berührt werden.

Diese Diskussion - wie sie gegenwärtig z. B. auch über eine Berufsschullehrerausbildung an Fachhochschulen geführt wird - lenkt vom eigentlichen Problem ab, indem sie die Frage in den Hintergrund drängt, ob es einen gesellschaftlichen Bedarf für derartige Studiengänge und Qualifikationen gibt, der durch bisherige Studiengänge nicht oder nicht mehr befriedigt wird und dem gerade von den Fachhochschulen in spezifischer Weise entsprochen werden könnte.

Wenn es zutrifft, daß die Anforderungen in vielen Berufsfeldern zunehmend "verwissenschaftlicht" werden und nicht zuletzt deshalb die Nachfrage nach Hochschulbildung steigt, die wiederum viel stärker als bisher durch den Ausbau der Fachhochschulen befriedigt werden soll, dann erscheint es nur als logische Konsequenz, über die Erweiterung des Angebotsprofils der Fachhochschulen durch neue Studiengänge intensiver nachzudenken. In Zeiten zunehmender Beschäftigungsprobleme auch für Hochschulabsolventen ist bei diesem Nachdenken allerdings noch genauer als bisher zu prüfen, wie die Qualifikationen aussehen müßten, die einerseits von Universitäten und andererseits von FHN zu erbringen sind.

Mit den folgenden Fragen, Argumenten und Beispielen soll die Diskussion über die Entwicklung eines spezifischen und zukunftsfähigen Studienangebots an Fachhochschulen durch neue Studiengänge weitergeführt werden.

Ziele eines neuen Studiengangs

Anzustreben ist, mit Einrichtung eines neuen Studiengangs einen bereits sichtbar gewordenen oder einen erwarteten Bedarf an Qualifikationen zu befriedigen. Die Bedarfsfeststellung ist objektiv besonders schwierig und sollte deshalb systematisch als Analyse- und Aushandlungsprozeß mit verschiedenen Interessengruppen wie Arbeitgebern, Berufs- und Fachverbänden, Gewerkschaften und mit Studierenden betrieben werden.

Die einzelne Fachhochschule hat auch zu gewährleisten, daß das neue zum traditionellen Angebot paßt, Synergieeffekte entstehen und ein unverwechselbares Profil der Fachhochschule ausgeprägt wird. Die folgende Übersicht (Bild 1) soll die Entwicklung eines innovativen Ausbildungsprofils am Beispiel der neugegründeten Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin veranschaulichen.

Über die allgemeine Bedarfsanalyse hinaus ist eine Analyse des konkreten regionalen Bedarfs vorzunehmen, um durch die Einrichtung eines neuen Studienganges zur Lösung von Strukturproblemen in der Region beitragen zu können. Eine aktuelle Herausforderung für die spezifische regionale Wirksamkeit von Fachhochschulen besteht z. B. darin, durch Fachhochschulausbildung noch stärker Existenz- und Unternehmensgründungen in der Region zu fördern.

Was ist "neu" in neuen Studiengängen?

Vorrangig sind es die Inhalte, die sich im besonderen durch das Aufgreifen aktueller Entwicklungen aus Wissenschaft und Praxis auszeichnen sollten. Die Veränderung des Fächerkanons der Fachhochschulen ist dabei keine akademische Frage, wie sie eher an Universitäten vor dem Hintergrund eines starr gegliederten Wissenschaftssystems gestellt wird. Jede Veränderung des Fächerkanons muß die richtige Antwort auf ein drängendes Problem unserer Zeit darstellen²⁾.

Ein verstärkt interdisziplinärer Charakter der Studieninhalte entspricht den neuen Qualifikationsanforderungen an Fachhochschulabsolventen, die häufig sowohl technische als auch betriebswirtschaftliche, organisatorische und andere Aufgaben lösen müssen. Darüber hinaus ist ein höherer Anteil an überfachlichen Qualifikationen in den neuen Studiengängen erforderlich, wie der Erwerb von Sprachkompetenz, Problemlösungs-, Kommunikations- und Teamfähigkeit.

Für solche Inhalte muß es auch neue Vermittlungsformen und Studiengangsstrukturen an den Fachhochschulen geben, wie verstärkte Projektarbeit, verschiedene Praxis Kooperationen bis hin zu Verbundstudiengängen. So wurde z. B. an der Fachhochschule Köln auf Anregung der Sparkassen der Region im Sommersemester 1994 ein neuer kooperativer Studiengang "Kreditwirtschaft" eröffnet. Hervorhebenswert an diesem Studiengang ist:

- die Anmeldung eines konkreten Bedarfs durch Praxispartner und die jeweilige Interessenverankerung von Praxispartnern und Fachhochschule in einem gemeinsamen Kooperationsvertrag;
- besonders in Zeiten knapper Ressourcen eine Anschub- bzw. Teilfinanzierung (von Professorenstellen) durch die Praxispartner;
- daß der Studiengang als Modellversuch vom Land eingerichtet

wurde und damit der Fachhochschule die Chance gibt, über einen Zeitraum von 5 Jahren Neues zu erproben.

Dabei stellt die aus der Abbildung (Bild 2) erkennbare Studiengangsstruktur nur eine Möglichkeit³⁾ für einen kooperativen Studiengang mit speziellem Zugangsweg, Kombination von betrieblicher und hochschulischer Ausbildung im Grundstudium und Erwerb einer Doppelqualifikation dar.

Bei der Einrichtung eines neuen Studienganges ist ausgehend von Bedarf und Nachfrage auch zu entscheiden, ob er grundständig, weiterbildend, als Vollzeit-, Teilzeit-, Präsenz- bzw. Fernstudium angeboten werden sollte.

Wege zu neuen Studiengängen

Betrachtet man die einzelnen in den letzten Jahren neu entstandenen Studiengänge in der bundesrepublikanischen Fachhochschullandschaft, so scheinen sie auf ganz unterschiedlichen Entstehungsvoraussetzungen zu beruhen. Letztendlich folgen sie aber bestimmten grundlegenden - mehr oder weniger erfolgreichen - Strategien für eine Diversifikation⁴⁾ von Studienangeboten:

- Versuche, Studiengänge aus Universitäten in Fachhochschulen zu verlagern oder konkurrierende Studienangebote an Universitäten und Fachhochschulen einzurich-

ten, stoßen auf die eingangs ange deuteten Status- und Besoldungsprobleme zwischen Universitäten und Fachhochschulen, wobei die Universitäten darüber hinaus eine Umschichtung von Ressourcen befürchten.

Zusätzlich werden diese beiden Wege der Etablierung von neuen Studiengängen an Fachhochschulen dadurch erschwert, daß die Frage, aufgrund welcher Kriterien ein Studiengang an der Universität oder/und an der Fachhochschule "zwingend" eingerichtet werden sollte, bisher nicht ausreichend diskutiert und geklärt werden konnte.

- Viel problemloser verläuft der eher traditionelle Weg der Studiengangsentwicklung über horizontale Spezialisierungen. So werden vor allem aufgrund neuen Bedarfs in den an der Fachhochschule angebotenen ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen oder auch im Sozialwesen z. B. neue Schwerpunkte gesetzt oder Fächer zu interdisziplinären Angeboten in neuen Studiengängen zusammengeführt. Dieser Weg wurde bisher hauptsächlich an den 21 neugegründeten staatlichen Fachhochschulen in den neuen Bundesländern gegangen. Die hohe Akzeptanz der Fachhochschulen bei den Studierenden nach 2 maximal 3 Jahren ihrer Existenz (über 30 % aller

Entwicklung des Ausbildungsprofils an der FHTW Berlin

Bereiche und Studiengänge

Wirtschaft	Technik	Kultur und Gestaltung
Betriebswirtschaftslehre	Angewandte Informatik	Bekleidungsgestaltung
Betriebswirtschaftslehre/Banken ¹	Physikalische Technik	Bekleidungstechnik
Public Management ²	Elektrische Energietechnik	(Kommunikationsdesign) ³
(Betriebswirtschaftslehre/Bau) ³	(Umwelttechnik) ³	Museumskunde
(Wirtschaftsjurist/in) ³	Automatisierungstechnik	Restaurierung
Wirtschaftsinformatik	Nachrichtentechnik	
Wirtschaftsingenieurwesen	Technische Informatik	
Wirtschaftskommunikation ¹	Industrielle Elektronik	
	(Mikrosystemtechnik) ³	
	Maschinenbau/Konstruktion	
	Maschinenbau/Fertigung	
	Maschinenbau/Fahrzeugtechnik	
	Umweltverfahrenstechnik	
	Bauingenieurwesen	

1 = 1994 neu eingerichtet

2 = zusammen mit der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin

3 = (in Vorbereitung)

Verteilung der Studentenzahlen auf die drei Bereiche (Stand WS 1994/95: 4006 Studierende im Vollzeit- + 1207 Studierende im Fernstudium)

Wirtschaft: 49 %	Technik: 43 %	Kultur: 8 %
davon Frauen		
Wirtschaft: 44 %	Technik: 6 %	Kultur 87 %

Quelle: FHTW (Hrsg.), Extra, Informationsblatt der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Berlin 1994, S. 3

Bild 1

Studienanfänger in den neuen Bundesländern beginnen im WS 1994/95 allein ein grundständiges Fachhochschulstudium) bestätigt nicht zuletzt die Richtigkeit dieses Vorgehens, im besonderen für die Neueinführung des Hochschultyps "Fachhochschule".

- Ein weiterer Weg der Studiengangsentwicklung, auf den vor allem die Hoffnungen der Zukunft gerichtet sind, da er einen flexibleren Umgang mit den Abstimmungsproblemen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem ermöglichen könnte, ist die Strategie des Upgrading. Für immer mehr Berufe wird zukünftig die Frage zu beantworten sein, ob den sich verändernden Qualifikationsanforderungen besser durch eine Ausbildung im tertiären Bereich als durch eine im beruflichen Bildungswesen entsprochen werden kann oder welche neuen Kooperationen und Durchlässigkeiten zwischen beiden Bildungsbereichen geschaffen werden müssen.

Die gegenwärtige Diskussion, wie sie z.B. für nichtärztliche Gesundheitsberufe geführt wird, zeigt, daß nicht kurzschlüssig entschieden werden soll, ob für ganze berufliche Tätigkeitsfelder eine Ausbildung auf Hochschulniveau gebraucht wird und die Länder diese einschließlich der Folgekosten auch finanzieren wollen⁵⁾.

Perspektiven für neue Studiengänge

Eine von uns durchgeführte Befragung von Studierenden des 1. Studienjahres (an Fachhochschulen und Universitäten) weist u.a. darauf hin⁶⁾, daß Studienanfänger in neuen Studiengängen im Vergleich zu traditionellen Studiengängen ein stärkeres Fachinteresse am Studienbeginn haben, sich aber am Ende des 1. Studienjahres bereits in größerem Maße unsicher in ihrer Studienfachentscheidung fühlen. Als Gründe für diesen Befund werden aus den Äußerungen von Studierenden z. B. erkennbar: kein feststehendes oder ein für sie unklares Konzept des Studiengangs, Lehrkräftewechsel, unzureichende Räumlichkeiten. Damit Studierende, die gerade in neuen Studiengängen ihr Studium mit großen Erwartungen beginnen, dieses nicht vorzeitig abbrechen, muß die Ausstattung der Studiengänge mit Personal, Räumen und Geräten, Lehr- und Forschungsmitteln von Anfang an gesichert sein.

Für neue Studiengänge ist außerdem ein entsprechendes Marketing der Hochschule als Bekanntmachen des Studiengangs über verschiedene Informationsquellen existentiell.

Darüber hinaus sind qualitätssichernde Maßnahmen für neue Studiengänge durch systematische interne und externe Evaluation und daraus folgende Veränderungen erforderlich.

FH-TRENDS

Wirtschafts- und Unternehmensethik

Die bundesweit erste Professur für Wirtschafts- und Unternehmensethik an einer Fachhochschule gibt es seit Beginn des Sommersemesters 1995 an der Fachhochschule Konstanz. Der Lehrstuhlinhaber, *Professor Josef Wieland*, war zuletzt Leiter der Forschungsstelle für Wissenschaftsethik an der Universität Münster. In Konstanz soll er künftigen Betriebswirten das praktische Rüstzeug für ethisches Handeln in ihrem späteren Berufsleben vermitteln. An konkreten Fallbeispielen soll den Studierenden "das Verhältnis für die Gründe ethischer Entscheidungen in der täglichen Praxis und die Fähigkeit zur Strukturierung ihrer Komplexität" vermittelt werden, so *Wieland*.

Zu den Motiven, Ethik als Lehrfach an der FH Konstanz einzuführen, meint *Professor Bernd Richter*, BWL-Studiengangsleiter: "Gerade die Fachhochschulen haben den Auftrag, praxisorientiert auszubilden. Deshalb ist es nur konsequent Lehrinhalte zu integrieren, die die derzeitige und vor allem zukünftige Praxis betreffen. Dazu gehören ohne Zweifel besonders Fragen der Verantwortung beim Wirtschaften."

Pressemitteilung FH Konstanz vom 24.03.1995

Überfachliche Methodenkompetenz

Außerfachliche und zusätzliche Lehrveranstaltungen ergänzen das fachliche Studienangebot in den Fachbereichen der Fachhochschule Gelsenkirchen und steigern die überfachliche Methodenkompetenz. Dabei handelt es sich sowohl um Themen, die im Randbereich der jeweiligen Sachbereiche angesiedelt sind, als auch um Themen, die das allgemeine Wissensspektrum der Studierenden über das eigene Studienfach hinaus erweitern.

Dazu zählen u. a. Themen wie:

- Grundlagen der Technik für Studierende der Wirtschaftsfachrichtungen
- Unternehmensführung/Management für ingenieurwissenschaftliche Studienrichtungen
- Präsentations- und Kommunikationstechniken
- Managementtechniken wie Kreativitätstechnik und Zeitmanagement

Dr. Barbara Laaser, FH Gelsenkirchen

Kreditwirtschaft

Wirtschaft
Fachhochschule Köln

Diplom – Betriebswirt

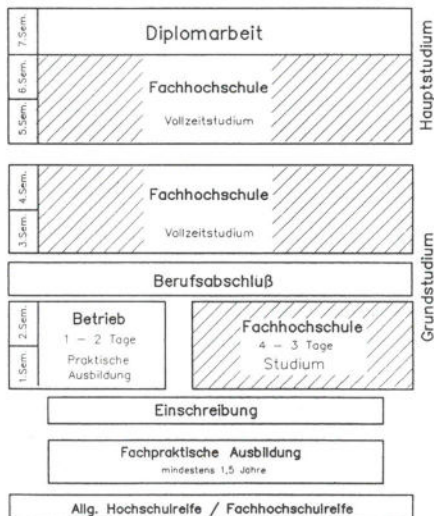


Bild 2

- 1) Auszüge aus der Stellungnahme wurden in DNH 2/3, 1993, S. 111 f. veröffentlicht.
- 2) Vgl. dazu einen Artikel von J. Metzner in DNH 1, 1994, in dem er eine Checkliste zum Begreifen der Fachhochschule als Hochschule neuen Typs liefert und hier an erster Stelle die große Sensibilität der Fachhochschule für sich wandelnde epochale Bedarfslagen hervorhebt, um weiterhin richtige Antworten zur rechten Zeit geben zu können.
- 3) Weitere Modelle für kooperative Studiengänge werden von J. Metzner in DNH 2/3, 1993 zur Diskussion gestellt.
- 4) Vgl. A. Wolter, Diversifikation von Studienangeboten im Fachhochschulbereich, in: Evangelische Akademie Loccum, Loccumer Protokolle 11/93 (Hrsg.), Fachhochschulen im Aufwind: Gründe - Konsequenzen - Perspektiven, Loccum 1993.
- 5) In dem genannten Beispiel wurde 1992 eigens eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der KMK, der Gesundheitsministerkonferenz (jetzt auch der Arbeits- und Sozialministerkonferenz) eingerichtet, die bisher einen Zwischenbericht über Studiengänge im Tätigkeitsfeld Gesundheitswesen, Stand 1993, erarbeitete. Auf der Grundlage dieser eher qualitativen Studie wurde eine quantitative Analyse zu der Frage in Auftrag gegeben, wieviele Studienplätze man für die empfohlenen Studiengänge brauchen würde.
- 6) Vgl. G. Buck-Bechler, H. Jahn, D. Lewin, Studienentscheidung und Studienengagement aus studentischer Sicht in ausgewählten neuen Bundesländern, Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1994.

Philosophie

Zum Professor für Philosophie wurde im Fachbereich Allgemeinwissenschaften an der Fachhochschule München *Reiner E. Zimmermann* berufen. Der Wissenschaftler stammt aus Berlin. Er beschäftigte sich bislang vor allem mit dem Zusammenhang von natur- und sozialphilosophischen Fragestellungen im Rahmen eines sich als ganzheitlich verstehenden Philosophierens. An der FH München vertritt er das Wahlpflichtfach Philosophie, das vom SS 95 an erstmals angeboten wird.

Pressemitteilung FH München vom 31.03.1995

Studium Generale

Seit dem Wintersemester 1994/95 bietet der Fachbereich Elektrotechnik der Fachhochschule Rheinland-Pfalz, Abteilung Koblenz, ein Studium Generale an. Mit der Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnung im SS 1994 wurde ein allgemeinbildendes Pflichtfach aufgenommen. So wurde erstmals ein zweistündiges "Studium generale" während des gesamten Grundstudiums, d.h. vom ersten bis einschließlich des vierten Semesters als Pflichtfach festgeschrieben. Gleichzeitig wurde eine entsprechende Reduktion des bestehenden Curriculums vorgenommen. Fachübergreifende Ausbildungsinhalte wurden zum Ausbildungsgegenstand gemacht. Eine besondere Aufgabe des Studium generale liegt darin, den Studierenden die Möglichkeit zum gegenseitigen Kennenlernen zu geben, durch die Institutionalisierung von Kleingruppen die Bildung informeller Teams mit ihren potentiell leistungssteigernden Auswirkungen zu erleichtern und den Kontakt zu den Lehrenden zu erleichtern. Im WS 94/95 wurden Kurse angeboten zu den Themen "Wahrnehmung/Soziale Wahrnehmung", "Nonverbale Kommunikation" und "Bewerbungsmanagement". Daneben wurden Veranstaltungen zur europäischen Integration einschließlich eines Kurses in "Technischem Französisch" angeboten, aber auch Veranstaltungen zu den Themen "Theater in Koblenz" und "Computer und Gesellschaft". Für das Sommersemester soll das Angebot durch Seminare über "Kommunikation und Teamarbeit", "Gesprächsführung" und "Rhetorik" erweitert werden.

Dr. Sylvia Neuhauser-Metternich, FH Rheinland-Pfalz

Wirtschaftsrechtsstudium in Lüneburg

Im Herbst 1994 haben die ersten 56 Studierenden an der Fachhochschule Nordostniedersachsen in Lüneburg den neuen Studiengang Wirtschaftsrecht begonnen. Mit diesem Studiengang hat das Land Niedersachsen in dreifacher Hinsicht Neuland betreten: Erstens werden in Lüneburg Juristen gezielt für Aufgabenfelder in der Wirtschaft ausgebildet - das ist der Abschied von der herkömmlichen Ausbildung zum "Einheitsjuristen". Zweitens findet die Ausbildung an einer Fachhochschule statt - damit wird das Monopol der Universitäten zur Ausbildung der Juristen durchbrochen. Schließlich wird drittens ein juristisches Studium nicht mit dem ersten juristischen Staatsexamen, sondern mit einem Hochschuldiplom abgeschlossen.

Die Impulse für den neuen Studiengang kamen zum einen vom Wissenschaftsrat. Er empfahl, die Anzahl der Studienplätze an Fachhochschulen erheblich auszuweiten. Das konnte nur durch eine Erweiterung des Fächerspektrums auf Gebiete geschehen, die traditionell den Universitäten vorbehalten waren. Der noch wichtigere Impuls aber kam aus der Wirtschaft: Sie bemängelte, daß die herkömmliche Ausbildung zu lang und praxisfern sei und daß sie kaufmännisches Denken und betriebswirtschaftliche Kompetenz außer Acht ließe.

Mit dem neuen Studiengang Wirtschaftsrecht hat die Fachhochschule Nordostniedersachsen diese Impulse aus Hochschulpolitik und Wirtschaft aufgenommen. Das "Lüneburger Modell" - ein Modellprojekt, das mit Bundesmitteln gefördert wird - verbindet Recht und Betriebswirtschaft in einem achtsemestrigen, praxisbezogenen Studium. Leitbild dieses neuen Ausbildungsangebotes ist dabei nicht mehr der Justizjurist, der - wie der Richter - über einen in der Vergangenheit liegenden Sachverhalt nachträglich Recht spricht. Ausbildungsziel ist vielmehr der gestaltende und planende Jurist, der durch kluge und vorausschauende Vertragsgestaltung erfolgreich Unternehmensziele verwirklicht und dadurch seinem Unternehmen Prozesse erspart.

Die Autoren berichten über das "Lüneburger Modell", das den gestaltenden und planenden Juristen zum Ziel hat. Praxisbezug bei enger Verzahnung von Recht und Betriebswirtschaft kennzeichnen dieses Studium, das die Vermittlung von sozialer und kommunikativer Kompetenz mit einem Fächeranteil von 10% berücksichtigt. Man darf gespannt sein, ob das Konzept eines Lehrangebots von nur 18 SWS mit etwa gleichem Eigenstudiumsanteil der Studenten aufgeht.

Text:

Prof. Dr. iur. Walther Gottwald
Prof. Dr. iur. Peter Kiel,
Fachhochschule
Nordostniedersachsen in Lüneburg
Fachbereich Wirtschaftsrecht
Lessingstr. 1
21335 Lüneburg



Studienverlauf

Der Studiengang gliedert sich in ein Grund- und Hauptstudium von jeweils vier Semestern. Gegenstand des für alle Studierenden verbindlichen Grundstudiums sind folgende Fächer:

- Grundlagen des Rechts und der Rechtsanwendung
- Wirtschaftsprivatrecht
- Unternehmensrecht
- Arbeitsrecht
- Öffentliches Wirtschaftsrecht
- Einführung in das anglo-amerikanische Recht
- Recht des internationalen Wirtschaftsverkehrs
- Allgemeine Betriebswirtschaftslehre
- Rechnungswesen
- Volkswirtschaftslehre
- Englische Rechts- und Wirtschaftssprache

Im Hauptstudium werden derzeit drei Schwerpunkte angeboten:

- Handel und Industrie einschließlich Personalwesen
- Finanzdienstleistungen, insbesondere Banken und Versicherungen
- Steuern und Prüfungswesen

Im Hauptstudium treten neben die Pflichtfächer, die die Grundlagen des jeweiligen Schwerpunktes abdecken, eine Reihe von Wahlpflichtveranstaltungen. Nach der derzeitigen Konzeption sind Pflichtfächer

- im Schwerpunkt Handel und Industrie: rechtliche und betriebswirtschaftliche Aspekte unternehmerischen Handelns sowie Personalwesen,
- im Schwerpunkt Finanzdienstleistungen: Grundlagen des Bank- und Versicherungsgeschäfts,
- im Schwerpunkt Steuern und Prüfungswesen: Vertiefung des Bilanz- und Steuerrechts sowie des Unternehmensrechts.

Die Wahlpflichtveranstaltungen sollen es den Studierenden ermöglichen, ihr Wissen entsprechend den eigenen Vorstellung und Neigungen zu vertiefen. Die Hälfte der Wahlpflichtveranstaltungen müssen die Studierenden dem Angebot des gewählten Schwerpunktes entnehmen, die andere Hälfte kann aus demjenigen der übrigen Schwerpunkte gewählt werden. Dadurch erhalten sie die Gelegenheit, „über den Teller-

rand“ des eigenen Schwerpunktbereiches zu blicken.

Besondere Merkmale des Studiengangs

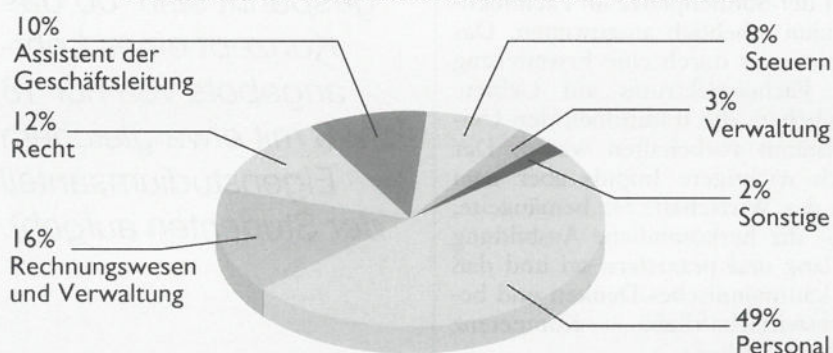
Sechs Merkmale machen den Studiengang zu einem attraktiven Produkt auf dem juristischen Ausbildungsmarkt. Überwiegend hängen sie mit der strikten Ausrichtung der Ausbildung auf Berufsfelder in der Wirtschaft zusammen.

- **Praxisbezug:** Lehrstoff, Lernkontrollen und Abschlußprüfungen orientieren sich an den späteren Arbeitsfeldern. Zwei von der Hochschule begleitete Praxissemester - davon dient eines der Anfertigung der Diplomarbeit - sichern den frühen Zugang zu praktischen Aufgabenstellungen. Sämtliche Dozenten kommen - fachhochschultypisch - aus der Wirtschaftspraxis, und erfahrene Vertreter aus Unternehmen werden das Lehrangebot ergänzen.

- **Enge Verzahnung von Recht und Betriebswirtschaft:** Etwa 60% des Lehrangebotes entfallen auf wirtschaftsrelevante Rechtsgebiete, ca. 30% auf betriebswirtschaftliche Fächer; 10% machen sog. Schlüsselqualifikationen aus, also soziale und kommunikative Kompetenzen. Recht und Betriebswirtschaft stehen dabei nicht unvermittelt nebeneinander, sondern sind zum Teil eng verzahnt. Der Studienverlaufsplan sieht im Grund-, vor allem aber im Hauptstudium bei den Pflichtfächern eine Reihe von fächerübergreifenden Veranstaltungen vor. So ist im Grundstudium z.B. Unternehmensrecht schon organisatorisch als gemeinsame Veranstaltung beider Disziplinen angelegt.

- **Internationalität:** Recht und Wirtschaft sind zunehmend international ausgerichtet. Eine sachgerechte Beratung von Unternehmen ist ohne vertiefte Kenntnisse im europäischen und internationalen Recht nicht mehr möglich. Deswegen vermittelt die Ausbildung in Lüneburg im Grundstudium Kenntnisse in einer ausländischen Rechts- und Wirtschaftssprache und verschafft einen exemplarischen Einblick in die entsprechende ausländische Rechtsordnung. Darauf aufbauend lernen die Studierenden den praktischen Umgang mit grenzüberschreitenden Rechtsgeschäften. Dies alles soll sie auch dazu befähigen, im

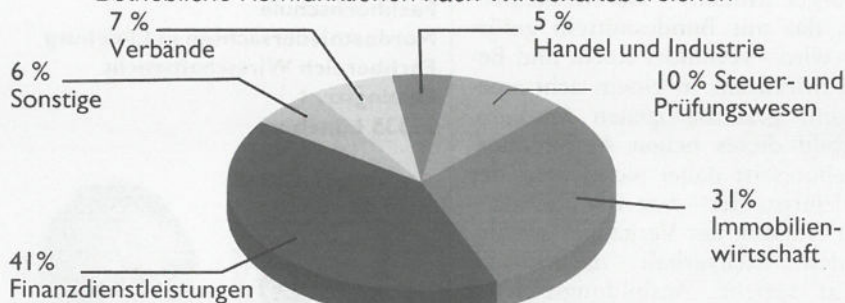
Betriebliche Stabsfunktionen/alle Wirtschaftsbereiche



Datenbasis: 133 ausgewählte Stellenanzeigen, bei denen aufgrund der gestellten Anforderungen ein wirtschaftsjuristisches Fachhochschulstudium ein sinnvoller Qualifizierungsbaustein wäre.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung und Stichproben aus weiteren überregionalen Zeitungen und Fachzeitschriften; 1. Quartal 1994; eigene Berechnungen.

Betriebliche Kernfunktionen nach Wirtschaftsbereichen



Datenbasis: 165 ausgewählte Stellenanzeigen, bei denen aufgrund der gestellten Anforderungen ein wirtschaftsjuristisches Fachhochschulstudium ein sinnvoller Qualifizierungsbaustein wäre.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung und Stichproben aus weiteren überregionalen Zeitungen und Fachzeitschriften; 1. Quartal 1994; eigene Berechnungen.

Berufsmöglichkeiten

Eigene und fremde Expertengespräche mit Vertretern aus Wirtschaftsunternehmen sowie eine eigene Analyse zahlreicher Stellenanzeigen in Zeitungen haben gezeigt, daß eine Mischqualifikation aus Recht und Betriebswirtschaft Wettbewerbsvorteile gegenüber herkömmlich ausgebildeten Juristen und Betriebswirten verschafft. Diese Vorteile und damit zugleich gute Beschäftigungschancen bestehen in den drei Bereichen, die Lüneburg als Schwerpunkte im Hauptstudium anbietet:

- In Handel und Industrie: Hier können Großunternehmen die Absolventen als Spezialisten in Bereichen wie Recht, Personal, Steuern, Immobilien oder Verwal-

Fachhochschulen, die den Studiengang Wirtschaftsrecht planen:

FH Rheinland-Pfalz

Abteilung Mainz II
Prof. Dr. Frank Zeidler
An der Bruchspitze 50
55122 Mainz
Tel.: 06131/628-224

FH Frankfurt/Main

Fachbereich Wirtschaft
Prof. Dr. Klaus Slapnicar
Limescorso 3
60349 Frankfurt/Main
Tel.: 069/1533-2958

FH für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Barbara Buschmann
Treskowallee 8
10313 Berlin
Tel.: 030/550192530

FH Schmalkalden

Prof. Dr. Ralf B. Abel
Blechhammer 4 und 9
98574 Schmalkalden
Tel.: 03683/688254

Hochschule Wismar

Fachbereich Wirtschaft
Prof. Dr. Tuengerthal
Postfach 1210
23952 Wismar
Tel.: 03841/753341

Fachhochschule Gelsenkirchen

Prof. Dr. Achim Albrecht
Bergmannsglückstr. 75
45877 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/6009-107
Hier läuft der Studienbetrieb bereits seit WS 1994/95

Hauptstudium an einer ausländischen Partnerhochschule zu studieren oder in einem ausländischen Unternehmen ihr Praxissemester zu absolvieren.

- **Schlüsselqualifikationen:** Heute sind fachliche Kenntnisse allein als Berufsqualifikation nicht mehr ausreichend. Die Wirtschaft legt vielmehr besonderen Wert auf soziale Kompetenzen wie z.B. Teamfähigkeit, aber auch auf Fertigkeiten wie Verhandlungsführung und Vertragsgestaltung, Sachverhaltsermittlung, rhetorische Fähigkeiten und Präsentationstechniken. Auf diese Schlüsselqualifikationen entfallen die bereits oben erwähnten 10% des Lehrangebotes.
- **Exemplarisches Lernen:** Der Studiengang vermittelt nicht vollständiges, sondern typisches Wissen. Die Studierenden sollen nicht den Stoff, sondern am - beispielhaft ausgewählten Stoff lernen. Was wiederum beispielhaft und typisch ist, bestimmt in erster Linie die praktische Erfahrung und Häufigkeit. So lernen die Studierenden die Grundstrukturen des Gesellschaftsrechts am Beispiel der GmbH. Und sie lernen zugleich, diese Kenntnisse auf andere Gesellschaftsformen zu übertragen - mit anderen Worten: den Transfer von Wissen auf unbekannte Gebiete. Was den guten Juristen ausmacht, ist nämlich gerade seine Fähigkeit, aufgrund vorhandener Kenntnisse neue Probleme zu erkennen und sie rasch und zuverlässig zu lösen.
- **Aktivierende Lehr- und Lernformen:** Das Studium setzt auf eine hohe Eigenbeteiligung der Studierenden: Dem Lehrveranstaltungsangebot von in der Regel 18 SWS steht ein in etwa gleich hoher Eigenstudiumsanteil gegenüber. Der Studienplan und die Prüfungsordnung lassen zudem eine breite Palette von Veranstaltungsformen zu, die eigene Aktivitäten der Studierenden besonders betonen. Damit weicht das Lüneburger Modell von anderen Fachhochschulstudiengängen ab, die eine wesentlich höhere SWS-Zahl vorsehen. Dahinter steht die Erfahrung, daß sich mit Gewinn nur bei intensiver Vorbereitung der Studierenden auf jede einzelne Lehrveranstaltungsstunde arbeiten läßt. Das bietet die Chance, sich von rein stoffvermittelnden Lehrveranstaltungen zu verabschieden und

lehnt sich an Vorbilder aus dem amerikanischen und englischen Raum an. Die Bereitschaft der Studierenden, sich auf aktivierende Lehr- und Lernformen - vor allem auf ein intensives Eigenstudium - einzulassen, ist nach den Erfahrungen aus dem ersten Semester hoch.

Studienbedingungen

Pro Semester werden in Lüneburg 52 Studierende zugelassen. Zulassungsvoraussetzung ist die Fachhochschulreife. Ein Vorpraktikum ist derzeit nicht erforderlich. Wegen der internationalen Ausrichtung der Ausbildung wird aber besonderes Gewicht auf gute Englischkenntnisse gelegt. Die Prüfungen finden studienbegleitend statt. Grundsätzlich schließt jede Lehrveranstaltung mit einer Lernkontrolle ab. Die Prüfungsordnung läßt dabei Formen der Prüfung zu, die die Ausrichtung des Studienganges auf die Wirtschaftspraxis widerspiegeln. So können in mündlichen Prüfungen juristische Verhandlungen oder Beratungsgespräche nachgestellt werden. Klausuren können Aufgaben der Vertragsgestaltung enthalten. Daneben sind auch Praxisberichte vorgesehen. Das Grundstudium schließt mit dem Vordiplom ab, das Hauptstudium mit der Diplomarbeit und einem Kolloquium. Als Abschlußgrad erhalten die Studierenden den Titel "Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)".

Der Hochschulstandort Lüneburg ist durch eine enge Zusammenarbeit von Fachhochschule und Universität mit insgesamt 9.000 Studierenden gekennzeichnet. Die beiden Institutionen bieten ein breites Ausbildungsspektrum mit Schwerpunkten in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Sozialwesen und Kulturwissenschaften mit der entsprechenden Bibliotheksstruktur an. Der Fachbereich Wirtschaftsrecht liegt nahe der Innenstadt Lüneburgs im Universitätsviertel. Die Fachbereichsbibliothek weist eine moderne EDV-Ausstattung auf und sieht die studentische Nutzung der Datenbanken ausdrücklich vor. Über eine englische Hochschule ist der Fachbereich in ein EU-gefördertes Netzwerk mit irischen, französischen, spanischen und italienischen Partnerhochschulen eingebunden. Dies gewährleistet einen europaweiten Austausch von Studierenden und Dozenten.

tung einsetzen; mittelständische Unternehmen können sie gut gebrauchen, weil sie aufgrund ihrer Mischqualifikationen als Generalisten zugleich für Recht, Personal, Steuern, Immobilien und Finanzen zuständig sein können.

- Kreditinstitute und Versicherungen: Hier können die Absolventen nichtstandardisierte Firmen- und Privatkundengeschäfte betreuen, im Bereich des Investmentbanking und Immobiliengeschäfts arbeiten sowie verschiedene Stabsfunktionen ausfüllen, insbesondere im Personalwesen und bei der Verwaltung bankeigener Immobilien.
- Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung: Hier können die Lüneburger Absolventen erfolgreich mit den bisher dominierenden Betriebswirten und den - aufgrund ihres wenig geeigneten Ausbildungsganges selten vertretenen - Juristen konkurrieren, zunächst als Assistenten mit dem Ziel, die Prüfungen als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer abzulegen.

Ausblick

Die Nachfrage nach den Studienplätzen für das Wintersemester 1994/95 war groß: Von knapp dreihundert Bewerbungen konnte nur jede sechste berücksichtigt werden. Mehr als drei Viertel der Studienanfänger bringen bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung mit, überwiegend im kaufmännischen Bereich. Der Anteil der weiblichen Studierenden liegt mit etwa 45 % für Fachhochschulstudiengänge außergewöhnlich hoch; hoch ist auch der Anteil der Studierenden mit allgemeiner Hochschulreife.

Durch die starke Nachfrage sehen sich die Initiatoren des Modellprojektes in dem eingeschlagenen Weg bestätigt. Zahlreiche andere Hochschulen planen denn auch - oft in Anlehnung an das Lüneburger Modell - ähnliche Studiengänge, wie eine Tagung zum Thema „Wirtschaftsrecht an Hochschulen“ im November 1994 in Lüneburg ergab.

Informationen über den Studiengang (v.a. Studien- und Prüfungsordnung sowie eine Informationsbroschüre mit Immatrikulationsantrag) sind erhältlich bei: Fachhochschule Nordostniedersachsen, Fachbereich Wirtschaftsrecht, Lessingstraße 1, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/714-246 bzw. -244, Fax: 04131/714-582

Ingenieurstudium: Fähigkeiten und Bewertung

In Heft A 13/94 der HIS-Kurzinformationen stellt *Karl-Heinz Minks* Berufs- und Einsatzprofile von Fachhochschul- und Universitätsabsolventen dar. Als fachbezogene Stärken und Schwächen der Studienanfänger beschreibt *Minks* das hohe Maß einseitig technischer

Fähigkeiten, die die übergroße Mehrheit der jungen Ingenieurstudenten aus der Schule bzw. der beruflichen Ausbildung mitbringt. Sprachlich kommunikative Kompetenz oder musische Fähigkeiten sind nur bei einer Minderheit ausgeprägt (vgl. Bild 2).

Defizitempfinden hinsichtlich der Hochschulausbildung von Ingenieuren mit Universitäts- und Fachhochschul-Diplom (in Prozent)

Ingenieure Dipl.-FH

Befähigungen	nützlich	nützlich und wichtig	nützlich, wichtig und HS soll mehr leisten
fachübergreifendes Denken	15	51	66
Kommunikationsfähigkeit	11	44	55
Kenntnisse in EDV	14	38	52
Organisationsfähigkeit	11	37	48
Praxis-/Berufserfahrung	14	36	50
Kooperationsfähigkeit	7	35	42
breites Grundlagenwissen	9	34	43
Verhandlungsgeschick	15	32	47
Führungsqualitäten	14	28	42
Wissen über Auswirkungen der Arbeit auf Natur und Gesellschaft	21	27	48
Fähigkeit, konzentriert und diszipliniert zu arbeiten	4	26	30
Durchsetzungsvermögen	5	24	29
Fremdsprachen	22	23	45
spezielles Fachwissen	7	16	23
Allgemeinbildung	14	13	27
Rechts-, Wirtschaftskenntnisse	15	11	26

Ingenieure Dipl.-Uni

Befähigungen	nützlich	nützlich und wichtig	nützlich, wichtig und HS soll mehr leisten
fachübergreifendes Denken	17	52	69
Kommunikationsfähigkeit	11	44	55
Kooperationsfähigkeit	6	38	44
Organisationsfähigkeit	10	35	45
Kenntnisse in EDV	13	34	47
Fremdsprachen	21	31	52
Praxis-/Berufserfahrung	14	31	45
Verhandlungsgeschick	14	26	40
Führungsqualitäten	12	26	38
Wissen über Auswirkungen der Arbeit auf Natur und Gesellschaft	21	25	46
breites Grundlagenwissen	6	25	31
Fähigkeit, konzentriert und diszipliniert zu arbeiten	4	20	24
Durchsetzungsvermögen	4	19	23
Allgemeinbildung	15	12	27
Rechts-, Wirtschaftskenntnisse	21	11	32
spezielles Fachwissen	4	8	12

Quelle: HIS-Absolventenbefragung 88/89, I. Befragung

Bild 1

Bei Betrachtung der anderen Seite, d.h. der Studierenden anderer Fächer, so zeigt sich ein fast spiegelbildliches Fähigkeitsprofil: Technische Fähigkeiten sind mit Ausnahme der Studierenden der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer eher selten ausgeprägt, sprachlich-kommunikative dagegen vergleichsweise stark.

Geht man davon aus, daß Ingenieure in Zukunft vielseitiger, insbesondere auch in diesem letztgenannten Bereich gefordert sind, kann man erkennen, daß nur eine Minderheit der Studierenden der Ingenieurwissenschaften (35 % der FH-Ingenieurstudierenden und 29 % der Uni-Studierenden) sowohl kommunikative als auch technische Stärken in das Studium einbringt. Die Kombination beider Fähigkeiten ist bei Studierenden anderer Fachrichtungen gar nicht so viel seltener anzutreffen (Studierende sonstiger FH-Fächer: 22 %, Math./Naturwiss.-Uni: 25 %, sonstige Uni: 21 %).

Beurteilung des Studiums

Vor allem jene schon zu Studienbeginn unterentwickelten und von der Wirtschaft besonders vermißten und geforderten Fähigkeiten werden von den Absolventinnen und Absolventen ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge als hochdefizitär bewertet (vgl. Bild 1).

Als defizitär sind Qualifikationsaspekte definiert, wenn Absolventen sie für beruflich wichtig erachten und zugleich von der Hochschule eine stärkere Förderung in diesem Bereich erwarten.

Geringe kommunikative Fähigkeiten und eine gewisse Einseitigkeit der Begabung in fachlicher Hinsicht korrespondieren mit der Erwartung, die Hochschule möge die Kommunikationsfähigkeit besser trainieren und das Fachübergreifende stärker hervorheben. Dort, wo Neigungen und Fähigkeiten bereits beim Start in das Ingenieurstudium ausgeprägt waren, werden auch nach dem Studium die geringsten Defizite gesehen (ein Ergebnis, das wir für die in der DDR ausgebildeten Ingenieurinnen und Ingenieure in ganz ähnlicher Weise erzielt haben).

Einige weitere interessante Erkenntnisse bietet das Merkmal der Praxiserfahrung: Den weiteren Ausbau von Praxisanteilen im Stu-

Fähigkeitsprofile von Studierenden ingenieurwissenschaftlicher und anderer Studiengänge nach angestrebter Abschlußart
(Stärken in ausgewählten Aspekten, in Prozent)

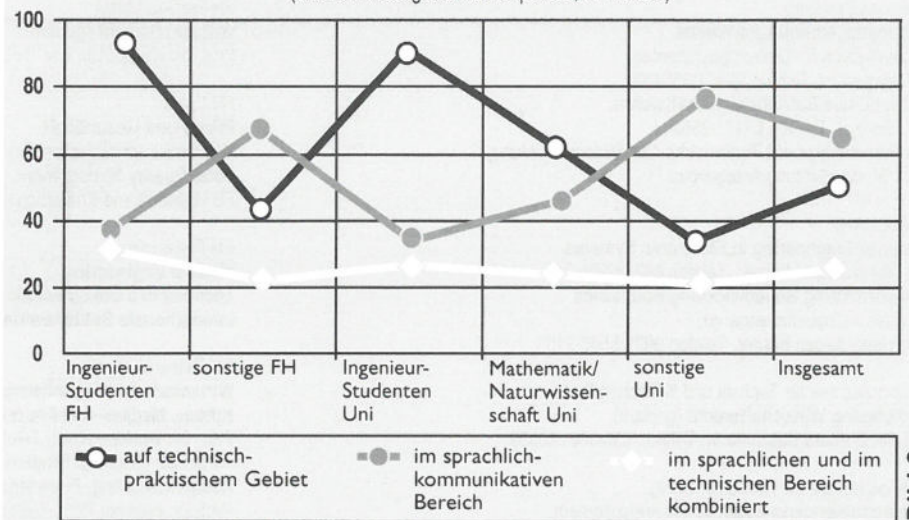


Bild 2

dium halten Ingenieure mit FH-Diplom noch häufiger für erforderlich als ihre Kollegen mit Uni-Diplom. Dabei spielt sicherlich der besondere Praxisdruck eine Rolle, der auf den Absolventen der Fachhochschul-Studiengänge lastet.

Deutlich häufiger im Minusbereich steht für Ingenieure mit Fachhochschul-Diplom auch die Vermittlung eines breiten Grundlagenwissens. Ein gutes Drittel der FH-Absolventen, aber nur ein Viertel ihrer ehemaligen Kommilitonen der Universitäten sieht hier Defizite.

Fremdsprachenkenntnisse, die auf technikkübergreifende Managementtätigkeiten bzw. auf die Beschäftigung mit Grundlagenwissenschaften hindeuten, werden von Ingenieuren der Universitäten häufiger bemängelt (31 % Uni, 23 % FH).

Unabhängig davon, ob es realistisch ist, von den Hochschulen all-

das abzuverlangen, was bereits eine problematisch einseitige Selektion und Selbstselektion in das Ingenieurstudium hinein bewirkt hat, erkennt man bei den Ingenieurabsolventen doch ein recht gutes Gespür für heutige Qualifikationserwartungen und ihre entsprechenden Defizite.

Etwa vier Jahre nach dem Examen bewerten Ingenieure beider Abschlußarten ihre Vorbereitung auf die Praxis durch die Hochschule etwa entsprechend den genannten Defizitbereichen:

Ingenieure mit Uni-Diplom sehen sich besser in beruflichem Grundlagen- und Fachwissen vorbereitet, relativ schlecht dagegen in Kooperationsfähigkeit. FH-Ingenieure sehen dagegen die Praxisvorbereitung insgesamt, wenn auch nicht gut, so doch besser als Universitätsingenieure gewährleistet (Vgl. Bild 3).

Vorbereitung durch das Studium auf Praxisanforderungen nach Abschlußart von Absolventen ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge (in Prozent)

Praxisanforderungen	Ingenieure Dipl. FH		Ingenieure Dipl. Uni	
	schlecht (1 + 2)	gut (4 + 5)	schlecht (1 + 2)	gut (4 + 5)
Wie gut wurden Sie durch das Studium auf folgende Praxisanforderungen vorbereitet?				
Grundlagenwissen	12	66	9	75
berufliches Fachwissen	20	38	21	43
Kooperationsfähigkeit	35	29	47	24
EDV-Kenntnisse	43	26	45	26
pädagog.-method. Fähigkeit	63	13	67	15
Fremdsprachenkenntnisse	74	9	77	8
Praxisvorbereitung insgesamt	35	20	47	11

Quelle: HIS-Absolventenuntersuchung 88/89, 2. Befragung 1992

Bild 3

Neuartige Studiengänge an Fachhochschulen/UGHSn und Ansprechpartner

FH Anhalt/Bernburg

Agrarmanagement/Agrarhandel,
Aufbaustudium für Osteuropastudenten,
Prof. Hagedorn, Telefon 03471/355433
Internationale Betriebswirtschaftslehre,
Prof. Seythal, Telefon 03471/355201
Studienschwerpunkt Technische Gebäudeausrüstung
in der Studienrichtung Anlagenbau

FH Augsburg

Master of Engineering in Electronic Systems,
Prof. Hans-Jürgen Körner, Telefon 0821/5586-215
Studienrichtung Bauabwicklung/Baubetrieb
(auch als Aufbaustudiengang),
Prof. Hans-Jürgen Körner, Telefon 0821/5586-215

Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

Studiengang Wirtschaftsrecht (geplant),
Prof. Dr. Barbara Buschmann, Telefon 030/550192530

Fachhochschule für Wirtschaft Berlin

Aufbaustudiengang Gesundheitsmanagement,
Abendstudium 4 Semester (ab WS 95/96)

Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin

Pflege/Pflegemanagement (seit SS 94),
Prof. Dr. Johannes Korporal, Telefon 030/61733-734

Evangelische Fachhochschule Berlin

Pflegemanagement (seit WS 94/95),
Dr. Gerda Simons-Schneider, Telefon 040/829908-27

FH Bochum

Mechatronik (seit WS 94/95),
Prof. Dipl.-Ing. Horst Kahlen, Telefon 0234/700-7202
Kooperative Ingenieurausbildung/Maschinenbau (ab WS 95/96),
Prof. Dr.-Ing. Otto Benning, Telefon 0234/700-7149
Verbundstudiengang Technische BWL (seit WS 94/95),
Prof. Dr. Winfried Rimmele, Telefon 0234/700-5350
Berufsintegriertes Studium Wirtschaft (ab WS 95/96),
Prof. Dr. Eberhard Utecht, Telefon 0234/700-2369
Business in Europe (seit WS 93/94),
OStR. Wolfgang Meißner, Telefon 0234/700-3879
Commerce extérieur et coopération industrielle internationale
(ab WS 95/96), OStR. Wolfgang Meißner, Telefon 0234/700-3879

Evangelische FH Darmstadt

Pflegewissenschaften (seit WS 93/94)

FH Dortmund

Studienrichtung Medizinische Informatik (ab WS 95/96),
Prof. Dr. Albrecht Achilles, Telefon 0231/9112-174
Studienrichtung Kamera im Fachbereich Design (ab WS 93/94),
Prof. Harald Mante, Telefon 0231/9112-424/430

Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden

International Business Studies (seit WS 93/94)
Produktgestaltung (seit WS 93/94)
Technische Gebäudeausrüstung (seit WS 94/95),
Dr. Preuß
Studienschwerpunkt Gründung und Führung
mittelständischer Unternehmen (seit SS 95)
Medieninformatik (ab WS 95/96)
Internationale und allgemeine Produktionstechnik (ab WS 95/96)
Vertiefungsrichtung Schienenfahrzeuge im FB Maschinenbau
(ab WS 95/96)

FH Erfurt

Restaurierung (seit WS 94/95)
Verkehrs- und Transportwesen (seit WS 94/95)

FH Flensburg

Verfahrenstechnik mit den Schwerpunkten
Bioverfahrenstechnik und Allgemeine Verfahrenstechnik (ab WS 96/97)

Katholische Fachhochschule Freiburg

Pflegemanagement und Pflegepädagogik (berufsintegriert)

FH Frankfurt/Main

Wirtschaftsrecht (geplant),
Prof. Dr. Klaus Slapnicar, Telefon 069/1533-2958

FH Fulda

Pflege und Gesundheit
Netzwerkadministrator (Weiterbildungsstudiengang ab WS 95/96)
Total Quality Management (Schwerpunkt oder Weiterbildung im
FB Haushalt und Ernährung geplant)

FH Furtwangen

Medical Engineering
Technisches Dokumentationswesen und Service Management
Internationale Betriebswirtschaft (ab WS 95/96)

FH Gelsenkirchen

Wirtschaft: Studienschwerpunkt
Kultur-, Medien- und Freizeitmanagement,
Prof. Dr. Wolfram Holdt, Telefon 0209/6009-0
Wirtschaft (Bocholt): **Studienschwerpunkte Internationales Beschaffungs- und**
Absatzmarketing, Fremdenverkehrswirtschaft,
Prof. Dr. Hartmut Pohl, Telefon 02871/290-210
Berufsintegrierter Studiengang Wirtschaft,
Prof. Dr. Claudius Schmitz, Telefon 0209/6009-112
Transport und Verkehr/Logistik (Recklinghausen),
Prof. Dr. Peter Schulte, Telefon 0209/9596-461
Wirtschaftsrecht (geplant),
Prof. Dr. Achim Albrecht, Telefon 0209/6009-107
Materialtechnik (Recklinghausen, in Vorbereitung),
Prof. Dr. Peter Schulte, Telefon 0209/9596-461

FH Hamburg

Technische Betriebswirtschaft (seit WS 92/93),
Prof. Dr. Josef Kovac, Telefon 040/3807-3164
Mediendokumentation (seit WS 93/94),
Prof. Dr. Hans-Dieter Kübler, Telefon 040/44195-443
Pflege und Gesundheit (ab WS 95/96),
Prof. Ulrike Arens-Azevêdo, Telefon 040/29188-3658
Außenwirtschaft (ab WS 96/97),
Prof. Dr. Josef Kovac, Telefon 040/3807-3164

FH Hannover

Technische Redaktion (seit WS 89/90)
Aufbaustudiengang Meisterklasse Freie Kunst (seit 91),
promotionsadäquater Studiengang
Design für elektronische Medien (seit WS 92/93)
und weitere Designangebote
Bauklimatologie (in Planung),
Prof. Böttcher, Telefon 05021/608-0
Bioverfahrenstechnik (in Planung),
Prof. Herbst, Telefon 0511/9296-700
Öffentlichkeitsarbeit/Public Relations (in Planung),
Prof. Dr. Hüper, Telefon 0511/9296-113

FH Harz

Öffentliche Wirtschaft (ab WS 95/96),
Prof. Dr. Bieler, Telefon 03943/359-200

FH Hof

Studienrichtung Dienstleistungs- und Versorgungsmanagement/BWL
(seit WS 94/95)
Internationales Management (ab WS 95/96),
Prof. Dr. Georg Nagler/Prof. Dr. Maximilian Walter,
Telefon 09281/409301

FH Karlsruhe

Fahrzeugtechnologie (auch als deutsch-französischer Studiengang)

Katholische Fachhochschule Norddeutschland

Sozialökonomie (Pflegepädagogik/Pflegemanagement, seit 1993),
Prof. Veronika Koch, Telefon 0541/35885-44

Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen

Pflegemanagement/Pflegeleitung (seit WS94/95),
Pflegepädagogik (ab WS 95/96)

FH Konstanz

Kommunikationsdesign (ab SS 95),
Prof. Hübner, Telefon 07531/206-113
International Product Engineering (ab WS 95/96),
Prof. Hübner, Telefon 07531/206-113

FH Landshut

Europäische Betriebswirtschaft

Deutsche Telekom Fachhochschule Leipzig

Verfahrenstechnik: Studienschwerpunkte Technische Dokumentation und Kommunikation, Betriebswirtschaft

Evangelische Fachhochschule Ludwigshafen

Pflege (Pflegeleitung/Pflegepädagogik),
Frau Prof. Dr. J. Taubert, Telefon 0621/59113-48

Märkische Fachhochschule Iserlohn

Verbundstudiengang Technische Betriebswirtschaft
(seit WS 94/95 gemeinsam mit FH Bochum)
Studienrichtung Kommunikationstechnik
(FB Elektrotechnik, ab WS 95/96),
Prof. Dr. Bernhard Stanski, Telefon 02371/987-2230
Zusatzstudium Korrosionsschutztechnik mit Diplom-Abschluß
(seit SS 95)

FH Magdeburg

Gesundheitsförderung/-management (seit WS 93/94),
Prof. Dr. Geiger
Fachkommunikation
(Fachübersetzer seit WS 94/95, Fachdolmetscher ab WS 95/96),
Frau Prof. Dr. Sohst

FH Mannheim

Studiengang Tribologie und Schmierungstechnik
(Überführung des Schwerpunktes in Studiengang geplant),
Prof. Dr. rer. nat. S. Bohrmann, Telefon 0621/292-6398

FH Merseburg

Mechatronik (ab WS 95/96)
Kommunikation und Technische Dokumentation (ab WS 95/96)
Kontakt: Dr. Nebel, Telefon 03461/462331

FH München

Deutsch-Französischer Studiengang Produktion und Automatisierung
(seit WS 92/93), Dr. Norbert Stockhausen
Postgraduiertenstudiengang Systems Engineering
Postgraduiertenstudiengang Industrial Design (seit SS 94)
Aufbaustudiengang Gesundheitspädagogik (seit SS 94)

Katholische Stiftungsfachhochschulen München und Nürnberg

Pflegemanagement (genehmigt)

FH Münster

Pflegemanagement (seit WS 94/95),
Prof. Dr. Erika Bock-Rosenthal, Telefon 0251/839733
Pflegepädagogik (ab SS 96),
Prof. Dr. Doris Scheffler, Telefon 0251/839733
Deutsch-Italienischer Studiengang BWL (ab WS 95/96),
Prof. Dr. Helmut Kobelt, Telefon 0251/835618

FH Neubrandenburg

Gesundheit und Pflege (seit 94)
Versorgungs- und Entsorgungstechnik (ab 96)

FH Niederrhein

Europäischer Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen/Logistik-Management
(seit WS 93/94)
Europäischer Studiengang Mechatronik (ab WS 95/96)

FH Nordostniedersachsen

Wirtschaftsrecht (seit WS 94/95)

FH Osnabrück

Krankenpflegemanagement (seit WS 93/94)
Studienrichtung Werkstoffprozeßtechnik (seit SS 95)
Bodenwissenschaften (ab SS 96)
Verwaltungsmanagement (ab WS 96/97)

FH Ostfriesland

Studienrichtung Automatisierungstechnik
Studienrichtung Kommunikationsinformatik (geplant)
Europäischer Studiengang Angewandte Lasertechnik (seit WS 92/93)
Europäischer Studiengang Industrial und Business Systems
(Wirtschaftsingenieurwesen, seit WS 94/95)
Europäischer Studiengang Internationale Wirtschaftsbeziehungen
(seit WS 94/95)

UGHS Paderborn

Studienrichtung Anlagentechnik (seit 94) in der Abteilung Soest
Agrarökologie und Unternehmensführung
als Aufbaustudium in der Abteilung Höxter
Berufsbildungsingenieur (geplant)
European Studies in Technology and Business (geplant)
in der Abteilung Meschede

FH Potsdam

Archiv (Abschluß Diplomarivar (FH)), ab WS 92
Sozialarbeit/ Sozialpädagogik berufsbegleitend (ab SS 93)
Restaurierung (ab WS 95/96)
Kulturarbeit (ab WS 95/96)

FH Rheinland-Pfalz

Abteilung Bingen

Internationaler Agrarhandel (seit WS 92/93),
Prof. Jaminhoff, Telefon 06721/409170

Abteilung Kaiserslautern

Chemietechnik (seit WS 93/94 in Pirmasens),
Herr Naumann, Telefon 0631/3724-112

Betriebswirtschaft mit den Schwerpunkten Mittelstandsökonomie und Finanzdienstleistungen, Wirtschaftsinformatik und Technische Betriebswirtschaft (seit WS 94/95 am Standort Zweibrücken),
Frau Lang, Telefon 06332/914-102

Abteilung Koblenz

Studium Generale (seit WS 94/95)

Abteilung Ludwigshafen

European Management and Controlling (seit SS 94),

Prof. Dr. Josef Baus, Telefon 0621/5203186

Internationale Betriebswirtschaft im Praxisverbund (ab WS 95/96),

Prof. Dr. Karl-Heinz Beißner, Telefon 0621/5203153

Marketing Ostasien,

China: Prof. Dr. Engbert,

Japan: Prof. Dr. Wetzler, Telefon 0621/583344

Berufsintegrierter Aufbaustudiengang Internationale Unternehmensberatung
(Modellversuch ab WS 95/96),

Prof. Dr. Christel Niedereichholz, Telefon 0621/5303125

Abteilung Mainz I

Europäisches Bauingenieurwesen,

Prof. Dr. Kulick, Telefon 06131/2859326

Abteilung Mainz II

Wirtschaftsrecht (seit WS 94/95),

Prof. Dr. Zeidler, Telefon 06131/628-224

Krankenhauswesen,

Prof. Ruff, Telefon 0631/628279

Abteilung Trier

European Business,

Prof. Dr. Jansen, Telefon 0651/8103226

Abteilung Worms

European Business Management,

Prof. Mönch, Telefon 06241/509142

Telekommunikation, inkl. betriebswirtschaftliche und Anwendersaspekte (geplant)

FH Schmalkalden

Wirtschaftsrecht (geplant),

Prof. Dr. Ralf B. Abel, Telefon 03683/688254

FH Ulm

Elektronikfertigung im FB Feinwerktechnik (ab WS 95/96),
Prof. Bauer, Telefon 0731/502-8106

FH Weihenstephan

Agrarmarketing und Agrarmanagement (seit WS 93/94),
Prof. Dr. Ch. Grimm, Telefon 08161/71-4330

FH Wiesbaden

Medienwirtschaft (seit WS 93/94),
Prof. Thomas Vogel, Telefon 0611/95282-40

FH Wilhelmshaven

Studienrichtung Angewandte Mikroelektronik (seit WS 93/94),

Prof. Dr. J. Timmerberg, Telefon 04421/804-268

Maschinenbau-Informatik (seit WS 92/93),

Prof. Dr. W. Stenkamp, Telefon 04421/804-262

Tourismuswirtschaft (geplant),

Prof. Dr. T. Kirstges, Telefon 04421/804-358

FH Wismar

Wirtschaftsrecht (geplant),

Prof. Dr. Tuengerthal, Telefon 03841/753341

FH Würzburg-Schweinfurt-Aschaffenburg

Pflegemanagement (ab WS 95/96)

Betriebswirtschaft mit den Schwerpunkten "Internationale Betriebswirtschaft" und "Finanzdienstleistungen"

"Studium mit vertiefter Praxis" (kooperative "duale" Studiengänge) mit 64 Wochen Praxis in mehreren Studiengängen

Hochschule für Technik und Wirtschaft Zittau

Kraftfahrzeugtechnik, Verkehrssystemtechnik

Management für Betriebe mit öffentlichen Aufgaben

Ergebnisse der Umfrage:

- Die Fachhochschulen runden ihr Angebot ab: Fachhochschulen ohne Ingenieurangebot schaffen Ingenieurstudiengänge, Fachhochschulen ohne BWL-Angebot schaffen BWL-Studiengänge.
- Flächendeckend werden Europäische Studiengänge eingerichtet.
- Die Fachhochschulen sind gut vorbereitet auf Gesundheitsstrukturgesetz und Pflegeversicherung. Insbesondere die privaten (kirchlichen) Fachhochschulen haben diesen Zukunftsmarkt entdeckt.
- Zunehmend werden Betriebswirtschaft und Ingenieurwesen kombiniert.
- Die Informationsgesellschaft hat ihren Niederschlag im Studienangebot der Fachhochschulen gefunden. Unterschiedliche Fachbereiche reagieren auf den Bedarf an Informations- und Kommunikationstechnologien.
- Neben dem medizinischen Bereich werden zunehmend auch Telekommunikation und öffentliche Verwaltung für die öffentlichen Fachhochschulen interessante Arbeitsmärkte.
- Nachdem ein Abdriften des Grafik- und Designstudiums in die Kunsthochschulen festzustellen war, läßt sich nun ein erneuter Bedeutungszuwachs an den Fachhochschulen bemerken, der wohl auf den Einzug neuer Technologien zurückzuführen ist.
- Insbesondere in den neuen Bundesländern läßt sich ein Vorstoß in ehemals universitär geisteswissenschaftliche Ausbildungen unter praxis- und berufsfeldbezogener Neuinterpretation feststellen.
- Zukunftsweisend scheinen solche Studiengänge, die Disziplinen unterschiedlicher Methodik miteinander verbinden wie Technik/Naturwissenschaft-Betriebswirtschaft/Recht-Kulturwissenschaften. Diese Entwicklung scheint eine zwingende Weiterentwicklung der "Bindestrichstudiengänge" zu sein, die in der Vergangenheit meist ehemals unabhängige technische Studiengänge miteinander verbanden.
- Auf eine interdisziplinäre Zusammenfassung neuartiger Studiengänge wird der Einbezug der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen zwingend folgen müssen.

Quelle: hlb-Umfrage im März 1995, Zusammenstellung: Dr. H. Mücke.

Nicht aufgeführt sind umweltbezogene Studienangebote. Diese werden gesondert in Heft 3/95 abgedruckt. Nicht aufgeführt sind auch solche Studienangebote, die zwar neu eingerichtet wurden, aber zum traditionellen Kanon der Studienangebote zählen.

Praktikumsplätze gefragt

Die Betriebsräte in der metallverarbeitenden Industrie wollen sich zukünftig stärker mit der Rolle der Hochschulpraktikanten am Arbeitsplatz beschäftigen. Vertreter von Hochschulen, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Studierenden haben beschlossen, künftig enger zusammenzuarbeiten, um Lösungen für die wachsenden Probleme in den Betrieben zu erarbeiten. Dies war ein Ergebnis der Fachtagung Studium und Betrieb, die von der Industriegewerkschaft Metall (IGM) und dem freien Zusammenschluß von StudentInnenschaften (fzs) am 10./11. Februar in Nürnberg veranstaltet wurde.

War bisher das Verhältnis zu den Praktikanten von Berührungängsten geprägt oder wurden diese vor allem sich selbst überlassen, so tragen sie inzwischen offenbar stärker als vermutet zu Unmut in den Betrieben bei. Neben dem Abbau von 50 Prozent der Lehrstellen im Metallbereich entsteht jetzt immer häufiger der Eindruck, daß auch qualifizierte Arbeitsplätze zugunsten von Praktikantenstellen abgebaut werden. Dies ist insofern möglich, als fast 70 Prozent der Fachhochschulstudierenden eine abgeschlossene Berufsausbildung vorzuweisen haben.

Sollte der Fachhochschulausbau weiter wie geplant verlaufen, so rechnet *Erwin Vitt*, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IGM vor, müßten die privaten und die öffentlichen Arbeitgeber bald ständig rund 160.000 Praktikantenplätze bereithalten, davon die Metallbetriebe rund 100.000.

Alexandra Lindenblume
in: **dpa - Dienst für Kulturpolitik** vom 20.02.1995

Hochschulzugang durch berufliche Bildung

Über berufliche Bildung können auf den unterschiedlichsten Wegen Hochschulzugänge erreicht werden. Diese haben sich seit Jahren neben dem gymnasialen Abitur bewährt. Bundesweit und auch in Bayern werden mehr als ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen von beruflichen Schulen und Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges vergeben.

Hans Zehetmair (Bayern)
am 15.12.1994

NC nahezu unverändert hoch

Wie der Antwort der Bundesregierung vom 24. Februar 1995 (Drucksache 13/687) auf die kleine Anfrage der Abgeordneten *Altmann* u.a. (Bündnis 90/Die Grünen) zu "Anspruch und Wirklichkeit von Hochschulsonderprogrammen" zu entnehmen ist, bestehen für die Kernstudiengänge der Fachhochschulen auch in diesem Jahr weitestgehend Zulassungsbeschränkungen, so für Elektrotechnik an 52 Fachhochschulen, in Informatik an 36 von insgesamt 58, für Maschinenbau an 37 von 73 und für Wirtschaft an 67 von 78 Fachhochschulen.

Der Antwort der Bundesregierung ist weiterhin zu entnehmen, daß für den Hochschulbereich 1991 (nur alte Länder) insgesamt (ohne Bafög und die gemeinsame EuF-Förderung durch Bund und Länder) 31.612 Millionen DM ausgegeben wurden, davon 29.427 Millionen DM durch die Länder und 2.185 durch den Bund. Die Mittel der Hochschulsonderprogramme sind darin nicht enthalten. **(H.M.)**



BUND

Mehr Geld für FuE

In seinen bildungs- und forschungspolitischen Schwerpunkten 1995 kündigt Bundesminister *Dr. Jürgen Rüttgers* die nachhaltige Stärkung der Förderung angewandungsorientierter Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen an. Sie soll ab 1996 um 50 Prozent auf 30 Millionen DM erhöht werden. Für die Folgejahre sind weitere Mittelzuwächse geplant. Nach *Rüttgers* Ansicht eignen sich die Fachhochschulen als Brücke zwischen Forschung und Anwendung, insbesondere für Innovationen im Mittelstand. *Hans-Rainer Friedrich*, Abteilungsleiter Hochschulen, formulierte während der Zwickauer Forschungstagung am 28. März 1995 (vgl. DNH 1/95) vier Anforderungen an eine effektive Forschungsleistung der Fachhochschulen. Sie benötigen nach *Friedrich* insbesondere wissenschaftliche Mitarbeiter, die (auf Zeitstellen) an FuE-Projekten arbeiten. Die Einstufungs- und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten seien zu verbessern. Außerdem sei die Lehrverpflichtung auf 16 SWS zu senken. Hierfür könnte der Bund die Länder im Rahmen des HSP II unterstützen. Daneben müssten Förderprogramme Start-Hilfe zur Einwerbung von Drittmitteln zur Verfügung stellen.

(H.M.)



BADEN-
WÜRTTEMBERG

Kooperation - schwäbisch

Das Anspruchsniveau des gastgebenden Hauses stimmte auch diesmal. Nach der Daimler-Benz AG im Vorjahr war es jetzt die Robert Bosch GmbH, die ihre Tore in der Zentrale (Gerlingen) zur Durchführung der 6. hochschulpolitischen Fachtagung des *h/b*-Landesverbandes Baden-Württemberg geöffnet hatte.

Viele Hochschullehrer waren der Einladung gefolgt. Daß unter ihnen mit Herrn Prof. *Dr. Siegfried Grüner* auch ein prominenter VHW-Vertreter begrüßt werden konnte, belegt die gut nachbarschaftlichen Beziehungen, die sich zwischen den beiden Verbänden der Hochschullehrer in Baden-Württemberg entwickelt haben.

„Kooperationsmodelle Hochschule - Wirtschaft“ war wieder Rahmenthema und fachhochschulpolitisches Verbandsprogramm. Konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Fachhochschulen und dem Gastgeber sollten in insgesamt vier Referaten ausgeleuchtet werden.

Trotz Novellierung des Fachhochschulgesetzes keine materiellen Verbesserungen im Professorenamt, so lautet das Resümee des Begrüßungsreferates von Frau *Professorin Dr. Dorit Loos*, der 1. Vorsitzenden des *h/b*-Landesverbandes.

Es war dennoch wichtig, die Teilnehmer noch einmal mit den Argumenten zu konfrontieren, denen sich die Politiker in einer rational geführten Diskussion über die Verbesserung der wesentlichen Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung an Fachhochschulen stellen müßten.

Nachdem Herr *Dr. Dirk Hinrichs* die Gäste des Hauses begrüßt und dies in einem zahlenreichen „Portrait“ vorgestellt hatte, berichtete Herr *Dr. Detlef Classe* zunächst über „Veränderungsprozesse bei Robert Bosch GmbH“. Die ab 1991 eingeführte CIP-Prozessorientierung habe alle Organisationsbereiche grundlegend verändert. Die CIP-Philosophie fordere von den Mitarbeitern - und vor allem auch von den Führungskräften - ein konsequentes Umdenken: Der Mensch und sein Verhalten in der Organisation, aber auch die gesamte Unternehmenskultur, seien zu selbstverständlichen und ständigen Themen geworden.

Vor diesem Hintergrund waren dann auch „Anforderungen an zukünftige Mitarbeiter der Robert Bosch GmbH“ sehr konkret zu benennen. *Rudolf Röder* referierte sie und gab dabei dem Hochschullehrer, der es hören wollte, ein gutes Stück pädagogischer Arbeit an seinen Studenten mit auf den Weg. Projektarbeit sei gefragt, eine Lernform,

bei der berufliche Handlungsfähigkeit in hervorragender Weise als ein Geflecht von Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz entwickelt werden könne.

Auch hinsichtlich der „Erwartungen an eine ganzheitliche Orientierung“ wurde der Referent, Herr *Dr. Hinrichs*, sehr konkret. So lautet eine Qualifizierungsstrategie des Hauses Bosch: „Unsere Qualifizierung beginnt mit der beruflichen Ausbildung (im dualen System); wir begleiten die gesamte berufliche Entwicklung der Mitarbeiter, und wir bieten ein durchlässiges Weiterbildungsprogramm bis zu Aufbaustudiengängen in der firmeneigenen Universität.“ Viele Ansatzpunkte für die Fachhochschule, sich als Partner in das Qualifizierungsprogramm einzubringen!

Abschließend wurde von Herrn *Dr. Schmidt* das 1993/1994 bei Bosch eingeführte „Computer Based Training“ (CBT) vorgestellt. Dieses „Modell der Partnerschaft“ erlaube Weiterbildung zum richtigen Zeitpunkt; fördere individuelles, eigenverantwortliches Lernen; ergänze die Seminararbeit und sichere den Transfer; reduziere die Vermittlung von Grundlagen während der Arbeitszeit; schaffe homogene Eingangsniveaus für weiterführende Bildungsmaßnahmen; habe eine große Breitenwirkung und stelle

Neuerscheinung:

Kooperationsmodelle Hochschule - Wirtschaft: Daimler Benz und die Fachhochschulen, Dokumentation zur 5. hochschulpolitischen Fachtagung des *h/b*-Landesverbandes Baden-Württemberg zusammen mit der Daimler-Benz AG am 3. März 1994. Der Band enthält Beiträge zu „Anforderungen an FH-Absolventen in einer Lean-Production“, „Technologie- und Wissenstransfer“ und zum Thema „Berufliche Chancen von Fachhochschulabsolventen“.

Zu beziehen bei Prof. *Dr. Dorit Loos*, Buchenländer Straße 60, 70569 Stuttgart, Fax (0711) 677 059 6.

insgesamt eine kostengünstige Art der Qualifizierung dar.

Die Tagungsteilnehmer konnten schließlich - wieder einmal - die Gewißheit mit nach Hause nehmen: Sie und ihre Hochschulen können Partner der Wirtschaft sein, wenn sie mit ihren Pfunden wuchern. Aber auch dies: Sie müssen es tun, ohne eine Würdigung ihrer Leistungsfähigkeit - und Bereitschaft seitens der Politik erwarten zu können.

Wilfried Godehart



BAYERN

... nach der Wahl

Absage des Siegers

Der jüngst wiederernannte Staatsminister sagte den Gesprächstermin mit dem VHB (*h/b*-Bayern) einfach ab. Dessen Vorstand hat diese Absage am 17. März "einstimmig mit großem Befremden aufgenommen". Ein neuer Termin wurde erbeten, auch vor dem Hintergrund der für den 25. April angesetzten Haushaltsbeschlüsse.

Sub-Serenissimus grüßt seine Getreuen¹⁾

In Bayern existieren das Hochschulgesetz (BayHG), das Hochschullehrergesetz (BayHSchLG) und die darauf basierende "Lehrverpflichtungsverordnung für Universitäten und Fachhochschulen" (LUFV), die am 1. Oktober 1994 die bisherige "Regellehrverpflichtung" (RLV) abgelöst hat.

Im nunmehr vorliegenden Entwurf der "Hinwei-

se zum Vollzug der LUFV" vom 15. März 1995 werden Musterbeispiele für "Deregulierung" geboten. Die neue und zusätzlich zu erbringende "Mentorenstunde", die 1 SWS nicht unterschreiten soll, sei künftighin beispielsweise zu dokumentieren durch "eine generalisierende Beschreibung der Betreuungstätigkeit, die deren Art und Organisation sowie deren durchschnittlichen Zeitaufwand in Wochenstunden und ggf. die Zahl der zu betreuenden Diplomarbeiten (mit Namen der Studenten) ersehen läßt, die nicht gemäß § 3 Abs. 6 LUFV auf die Lehrveranstaltungen angerechnet werden können".

Bei der "Anheimgabe einer Stellungnahme" der FHN macht wieder der Ton die Musik: "Es wird ausdrücklich bemerkt, daß in eine erneute Diskussion über die Regelungsinhalte der LUFV nicht eingetreten wird. Eine evtl. Stellungnahme hat sich daher ausschließlich auf Anregungen und Vorschläge zu den Vollzugshinweisen zu beschränken."

Prodekane überflüssig?

Exakt wie in der Theorie vom deterministischen Chaos! Das Lüftchen der Beschwerde eines in Regensburg abgewiesenen Architektur-Studienplatzbewerbers führt in München zu starken Turbulenzen. Die Exekutive muß sich von der Judikative u.a. darüber belehren lassen, es könne "für die Tätigkeit des Prodekans...keine Ermäßigung gewährt werden" (Eil-Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) vom 25.01.1995, Az. 7 CE 94.10064).

In der Eilentscheidung wird dem Staatsministerium vorgeworfen, die personenbezogene Kapazität bzw. Studienplatzzahl eines Fachbereichs im WS 94/95 durch nicht recht-

mäßige Beanspruchung von 10,5 Ermäßigungsstunden verringert zu haben.

Der VGH beharrt gegenüber dem Staatsministerium darauf, Ermäßigungen könne es nur für Aufgaben geben, die "an sich" Verwaltungssache, "wegen ihrer Art aber sinnvoll nur von Professoren wahrzunehmen" seien. Alle anderen Funktionen seien "grundsätzlich von der Regellehrverpflichtung umfaßt."

Der VGH weicht andererseits mehrfach von seiner bisherigen Rechtsauffassung ab, ohne durch die neue LUFV dazu genötigt zu sein. Deputatsermäßigungen für die Prüfungskommissionsvorsitzenden und für die Haushaltsbeauftragten der Fachbereiche seien nunmehr doch zulässig.

Für den VGH ist es inzwischen nämlich "nachvollziehbar", "daß ein Professor des Fachbereichs mit der Verwaltung der dem Fachbereich zugewiesenen Mittel beauftragt wird."

Wenn es wirklich an der "Nachvollziehbarkeit" liegt, müssen Staatsministerium und Fachhochschulen - auch VHB und *h/b* - wieder daran denken, daß Juristen des Jahres 1995 nicht unbedingt wissen müssen, was die in früheren Jahren so heiß diskutierte "Überlast" eigentlich sei und wie sehr sie heute noch auf den FHN lastet.

Die Herren in den Roben des VGH würden dann die Fachhochschulen nicht mehr von "einer besonderen Darlegungslast" getroffen sehen, wenn diese bei Ermäßigungen "den ihnen in § 7 Abs. 4 Satz 1 LUFV eingeräumten Spielraum...voll ausschöpfen"

Dietrich Grille

1) "Getreue", so heißen unsere Kollegen, als die "Staatsbürger" noch "Untertanen" waren - nicht "Sehr geehrter Herr Kant", sondern "lieber Getreuer Kant".



BREMEN

LVVO geändert

Auch Bremen hat seine Lehrverpflichtungsverordnung an die Vereinbarung der KMK vom 18. März 1992 angepaßt und am 28. Februar 1995 eine neue LVVO ausgegeben, nachdem ein erster Entwurf bereits im Sommer 1993 vorlag und der *h/b* Senat und Senator seine Stellungnahme übermittelt hatte.

Zunächst die gute Nachricht: Die Betreuung von Praxissemestern kann nun im Rahmen des allgemeinen 7%-Pool ermäßigt werden. Die Summe der Ermäßigungen darf im Einzelfall bis zu 4 SWS, für FuE-Vorhaben bis zu 8 SWS betragen. Auch erhält der Rektor eine Reihe von Zuständigkeiten, die zuvor beim Senator lagen. Gleichzeitig übergibt er den Fachbereichsräten die Aufgabe, über die Einhaltung der Lehrverpflichtung zu wachen.

Und die schlechte Nachricht?: Es bleibt bei 18 SWS. Es wird kein eigener FuE-Ermäßigungs-pool eingeführt, wie vom Wissenschaftsrat vorgeschlagen und vom *h/b* gefordert. Die Hochschule wird mit ihrem 7%-Pool (7% der Gesamtheit der Lehrverpflichtung stehen der Ermäßigung für besondere Aufgaben und Funktionen zur Verfügung) sparsam haushalten müssen.

(H.M.)

Weitere Auskünfte erteilt: Prof. Rolf Kramer, HS Bremen, FB Maschinenbau



HESSEN

Die neue Ministerin

Christine Hohmann-Dennhardt ist neue Ministerin für Wissenschaft und Kunst. Sie wurde am 30. April 1950 in Leipzig geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Hamburg übernahm sie Lehraufträge, zunächst für Sozialrecht an der Universität Hamburg, dann für Arbeitsrecht und Sozialrecht an der Universität Frankfurt/Main. Danach wurde sie Richterin in Frankfurt und Wiesbaden und Dezernentin für Soziales, Jugend und Wohnungswesen der Stadt Frankfurt, um schließlich 1991 - 1995 das Amt der Ministerin für Justiz in Hessen zu übernehmen. Seit 1970 ist sie Mitglied der SPD. Weitere Parteiämter: Mitglied der Grundwertekommission der SPD, Mitglied des SPD-Parteirats. Sie löst Evelies Mayer ab, die aufgrund der von der Koalition vereinbarten Einsparungen im Hochschuletat nicht mehr zur Verfügung stand. Frau Mayer



war in letzter Zeit aufgrund ihrer universitätsfreundlichen Politik in die Kritik durch den *hlb* geraten.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Zukunft der FHN nach der Wahl

Man muß schon lange suchen, wenn man die unterschiedlichen politischen Profile der vier Parteien, SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der F.D.P. herauschälen will - jedenfalls, wenn es um die Zukunft der Fachhochschulen nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen geht. Das jedenfalls zeigte eine Podiumsdiskussion an der FH Niederrhein über eben dieses Thema am 4. April in Krefeld, die vom *hlb*-NRW veranstaltet wurde.

Aufmarschiert war der komplette Wissenschaftsausschuß des NRW-Landtags: Prof. Dr. Horst Posdorf, wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Karl Schultheis, designierter wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD, Joachim Schultz-Tornau, zugleich Ausschußvorsitzender und Vorsitzender des F.D.P. - Landesverbandes sowie Dr. Michael Vesper, wissenschaftspolitischer Sprecher der Grünen und Stellvertretender Vorsitzender eben da.

Um "die Zukunft der Fachhochschulen in Nordrhein Westfalen nach der Wahl" - so der Titel der Veranstaltung - kann es angesichts soviel Einigkeit

nicht schlecht bestellt sein, doch Bekundungen sind das eine, deren Umsetzung jedoch das andere. Nach einer kurzen Einstimmung durch den Rektor der FH Niederrhein, Herrn Prof. Dr.-Ing. Hermann Ostendorf, konnten zunächst stellvertretend für das Auditorium die beiden weiteren Teilnehmer an der Podiumsdiskussion, Herrn Prof. Dr. Joachim Metzner, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz NRW und Rektor der FH Köln, sowie der Vorsitzende des Landesverbandes NRW des Hochschullehrerbundes (*hlb*), Sieber, vom Fachbereich Elektrotechnik der FH Niederrhein ihre Fragen auf die Politik loslassen; Rot-Grün in Hessen vor Augen stellte Prof. Metzner die bange Frage, ob drastische **Mittelkürzungen** im Falle einer grünen Regierungsbeteiligung denn auch in Nordrhein-Westfalen zu erwarten seien. Klare Antwort von Dr. Vesper: Nein, nicht mit uns. Offenbar haben die Fachhochschulen in NRW keine Umverteilung zu erwarten, die dadurch erreicht wird, daß - so Metzner - den FHN etwas weniger, und den anderen, nämlich den Universitäten, etwas mehr gekürzt wird, wie es in Hessen nun praktiziert wird.

Gleichwohl, in den Zeiten knapper Kassen, muß sich die Politik auch dem Problem der Umverteilung stellen und damit der Frage, wem genommen, und wem gegeben werden soll - und vor allem wieviel. Dabei die Kohlesubventionen auf Bundesebene den Hochschulausgaben auf Landesebene gegenüberzustellen, wie es Schultz-Tornau tat, schien nicht nur Michael Vesper zu starker Tobak.

Nach dem obligatorischen Ritt durch die Höhen allgemeiner Bildungspolitik war sie dann plötzlich da, die Kontroverse: Die Fachhochschulen sollten sich ihre Studenten selber aussuchen können - eine Forderung, die aus dem Auditorium erhoben wurde. Ja unbedingt, klatschte Prof. Posdorf Beifall, wobei wichtig sei, daß es sich dabei nicht um eine Eingangs-, sondern um eine Eignungsprüfung handelt. Klarer Widerspruch hingegen von Karl Schultheis: Lieber bessere Orientierungsangebote, qualitativ hochwertige Studienberatung, flankierende Hilfen für die Studierenden, betonte der SPD-Wissenschaftsexperte.

Zwist im Detail, Einigkeit im ganzen - das schützt nicht, engagierte Zuhörer von kritischen



Podiumsdiskussion in Krefeld: von links nach rechts Sieber (*hlb*), Schultz-Tornau (F.D.P.), Posdorf (CDU), Schmitz (Moderator), Vesper (Die Grünen), Schultheis (SPD), Metzner (FRK-FH)

Fragen abzuhalten: Seit mehr als einem Vierteljahrhundert gibt es sie jetzt, die Fachhochschulen, und das **Laufbahnrecht** ist während der gesamten Zeit unverändert geblieben. Weshalb unternehmen die SPD-regierten Bundesländer nicht einfach einen Vorstoß über den Bundesrat, um endlich die Gleichstellung von FH-Absolventen mit jenen aus den Universitäten im öffentlichen Dienst zu erreichen? Weshalb eigentlich steht an den Fachhochschulen kein C4-Amt zur Diskussion? Was wollen die Politiker tun, um auch weiterhin die Konkurrenzfähigkeit der Fachhochschulen innerhalb des deutschen Bildungssystems und auch international zu erhalten? Weshalb sollen eigentlich Meister ohne Prüfung studieren dürfen? Müssen Professoren Beamte sein? Was ist mit dem neuen "Mittelbau" an den NRW-FHn: Soll er eine ähnliche Struktur wie jener an der Universität haben?

Und wieder ist sie da - die Einigkeit: Nein, Professoren müssen durchaus nicht automatisch Beamte sein, berichten die NRW-Politiker quer über alle Parteigrenzen. Und das ein Meister über genügend Lebenserfahrung verfügt, um nach etlichen Berufsjahren - in seinem Fachgebiet - studieren zu können, das wird grundsätzlich von keinem der Wissenschaftsausschuß-Mitglieder angezweifelt. Auf die C4-Diskussion will ernsthaft niemand einsteigen, plagt man sich jedoch mit der Umsetzung der 60 zu 40-Relation zwischen C3 und C2 herum, wie sie der Wissenschaftsrat generell vorgeschlagen hat. Ein Problem, bei dem Aussicht auf baldige Lösung besteht.

Einen Auftrag freilich bekommt die Politik,

gleich welcher Couleur auf jeden Fall mit auf den Weg: Die Eckdaten-Verordnung, wie sie in NRW erlassen ist, schnellstmöglich zu überprüfen. Sie sieht vor, daß die erfolgreiche, aktive Teilnahme an einer genügenden Anzahl von Praktika nicht mehr zur Pflicht für die Studenten gemacht werden kann, so daß ein wesentlicher Eckpfeiler der Ingenieurausbildung wegzubrechen droht. Eine schnelle Überprüfung ist daher unabdinglich. Das soll, so räumt *Karl Schultheis* ein, spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten geschehen.

Ein Stichwort für das Schlußwort: "Daß die Professoren als eigentlich Betroffene von solchen Veränderungen zu wenig gehört werden", mahnt *hfb*-Landesvorsitzender *Prof. Sieber* an, "das kann so nicht bleiben". Das Kopfnicken der Viererriege war ihm gewiß.

Ulrich Schmitz



SAAR

Landtagsausschuß in der HTWdS

Am 18. Januar 1995 besuchte der Landtagsausschuß für Bildung, Kultur und Wissenschaft die HTWdS, ein Termin mit besonderer Bedeutung angesichts laufender Haushaltsberatungen und der anstehenden Umsetzung des Hochschulentwicklungsplans.

Der Rektor der HTWdS, *Prof. Dr. Groh*, eröffnete die Veranstaltung mit sei-

nem Vortrag "Technologietransfer tut not!" Der Referent beklagte die bundesweit erkennbare Tatsache, daß Forschungsergebnisse nicht bzw. zu spät in den Unternehmen umgesetzt würden. Er hob die hervorragenden Leistungen des Saarlandes hervor, das einen Kranz hochkarätiger Forschungsinstitute um die Universität gruppiert habe. Diesem 1. Schritt müsse aber der 2. Schritt folgen - nämlich eine Stärkung der Produktivität der saarländischen Unternehmen. Zu diesem Zweck müßte auch das Transferpotential der HTWdS voll mobilisiert werden. *Groh* zeigte die beachtliche Entwicklung der Forschungsaktivitäten in den vergangenen 10 Jahren auf und belegte dies mit folgenden Zahlen: Der Drittmittelanteil der 27 Projektanträge, gestellt von 20 Professoren (von insgesamt 100 Professoren), beträgt rund 40% der Gesamtmittel für FuE. Beträchtlich sei jedoch eine Finanzierungslücke von 34%, der eine staatliche Förderung von 13% gegenüberstehe. Nach Darstellung einiger Schwerpunkte der HTW im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) beleuchtete *Groh* auch brennende Probleme an der saarländischen Fachhochschule: So stehen dem Rechenzentrum Waldhausweg mit 16 Professoren bei einem Investitionsvolumen

von 2,5 Mio DM nur zwei Mitarbeiter(innen) zur Verfügung. Zwei Sprachlabore mit 3 Professoren haben bei einem Investitionsvolumen von 0,6 Mio DM keine Mitarbeiter. Die Bibliotheksmittel an der HTWdS betragen nur 37 DM/ Studierende(r) - ein Wert, der weit unter dem Mittelwert von 140 DM vergleichbarer Fachhochschulen liegt. Im Oktober 1993 erfolgte die letzte Einweisung auf C3-Stellen. Derzeit sind 5 unbesetzte C3-Stellen zu verzeichnen; damit beträgt der tatsächliche Anteil an C3-Stellen nur 45 %! Ungenutzte Kapazitäten und Demotivation - so die Einschätzung von *Groh* - könnten die Folge dieser "Verschleppungstaktik" sein. Die Mitarbeiterprobleme an der HTWdS belegte er durch ein drastisches Zitat einer promovierten Mitarbeiterin: "An der HTWdS haben einige Mitarbeiter eine Halbtagsstelle und arbeiten ebenfalls ganztags (wie ihre Kollegen an der Uni). Von November bis Februar wissen sie nicht, wie es im nächsten Jahr weitergeht. Und sie bekommen im Gegensatz zu ihren Kollegen an der Uni keinen Dokortitel. Das nennt man Ausbeutung."

Groh nannte als Grundprobleme der HTWdS den **Erhalt der Kontinuität** und der **Vertragsfähigkeit** auf dem Gebiet FuE. Angesichts der z. T. desolaten Finanzausstattung, der

Professoren	Vorgestellte Forschungsprojekte	
	Fachbereich	Forschungsgebiete
Dr. Altgeld	M	Solarenergie,
Hinrichs	GIS	Energetische
Dr. Schurich	BI	Optimierung und Sanierung
Dr. Brück	E	Bildverarbeitung, Steuerungstechnik, Automatisierung
Dr. Klinger	M	Windenergie, Multiwindturbine mit drehbarem Betonturm
Dr. Schmidt-Gönnert	BI	Kunststoffrecycling
Dr. Eisenmann	GIS	Autorecycling
Dr. Seibert	M	Abwasserreinigung, Gewässerschutz
Dr. Bau	BI	Abfallwirtschaft
Baur	BI	Dezentrale Kompostierung in der Landwirtschaft

jährlichen "Zitterpartie" der Mitarbeiter, drohender Mittelsperre und veralteter Finanzverteilungsmodelle entwickelte *Groh* Lösungsansätze, die hier nur verkürzt wiedergegeben werden können. Er forderte u. a. eine Aufstockung des Forschungstitels auf 625 TDM - das entspricht dem alten Stand von 1992! - sowie feste Jahreszuweisungen von 0,5 Mio DM für die Bereiche Zukunftsenergien und für das Zentrum für innovative Mittelstandsförderung. Nicht zuletzt sah *Helmut Groh* in einer Haushaltsflexibilisierung eine zweckmäßige Unterstützung der Aufgaben und Ziele der HTWdS.

Die vorgestellten FuE-Projekte demonstrierten beispielhaft und überzeugend das Innovationspotential der HTWdS.

Die abschließende Diskussion befaßte sich vor allem mit dem Technologietransfer sowie mit dem geplanten Ausbau der HTWdS. Da bisher keine der angekündigten Stellen von der Universität des Saarlandes an die HTWdS übertragen wurde, wurden Zweifel geäußert, ob dieser Ausbau - wie von einer Expertenkommission befürwortet - überhaupt gewollt sei ... Fazit der Diskussion war, daß der zügige Ausbau der HTWdS und ihre Weiterentwicklung als wichtiges Instrument im Technologietransfer gesehen wird. Man darf gespannt sein, ob und inwieweit sich diese Informations- und Diskussionsveranstaltung mit dem Landtagsausschuß auf den Haushalt 1995 der HTWdS auswirken wird. Inzwischen haben weitere Gespräche mit den Landtagsfraktionen stattgefunden. Eine Anhebung des derzeitigen Haushaltansatzes für die Titelgruppe Forschung ist in Aussicht gestellt worden.

K.-H. Bosman

Arbeitsmarkt Elektroingenieur

Der Arbeitsmarkt für Elektroingenieure bietet in Westdeutschland derzeit alles andere als ein erfreuliches Bild. Die Zahl der offenen Stellenangebote ist stark zurückgegangen. Dagegen suchen immer mehr Elektroingenieure nach einer neuen Position. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage hat sich sehr weit geöffnet. In Ostdeutschland kommen die wenigen Offerten von kleineren Unternehmen und Ingenieurbüros, die mit der Bauwirtschaft zu tun haben. Sie suchen vor allem Elektroingenieure für die Projektierung in der Haustechnik.

Die westdeutsche Elektroindustrie geriet in den letzten beiden Jahren voll in den Sog der Rezession. Ab Mitte 1992 gingen deutlich weniger Aufträge ein. Der Außenhandel ließ nach, die Produktion war rückläufig, die Umsatzzahlen wurden kleiner - und die Beschäftigung nahm ab. Die Branche erlebte ihre schwierigste Phase seit Kriegsende. Insbesondere das Jahr 1993 verlief problematisch.

Die Entwicklung traf die einzelnen Sparten der Elektroindustrie in unterschiedlichem Ausmaß. Besonders zu leiden hatten die Meß-, Regel- und Automatisierungstechnik, die Energietechnik, die Fahrzeugelektrik und die Medizintechnik. Auch die Produktion von Hausgeräten ging zurück. Die Kommunikationstechnik dagegen stagnierte. Der Umsatz der Unterhaltungselektronik blieb weitgehend stabil. Hier wurde aber schon in den Jahren zuvor die Produktion gedrosselt.

Noch am besten durch die Krise kamen die von der Baukonjunktur abhängigen Elektrosparten. Die

Installationstechnik lebte dann auch zu einem guten Teil von der regen Bautätigkeit in den neuen Bundesländern, insbesondere vom Wohnungsbau. Günstig verlief die Entwicklung auch für die Sparte der elektronischen Sicherungssysteme.

Der Einbruch der deutschen Elektroindustrie war aber keine singuläre Erscheinung. In ganz Westeuropa geriet die Branche in Schwierigkeiten. Aufgrund des scharfen internationalen Wettbewerbs und des anhaltenden Preisdrucks sahen sich viele Unternehmen zu gravierenden Maßnahmen gezwungen, etwa zum massiven Abbau von Arbeitsplätzen oder zur Verlagerung von Produktionsstätten nach Osteuropa. So hat denn die westdeutsche Elektroindustrie innerhalb von zwei Jahren rund 190 000 Arbeitsplätze abgebaut. Die Zahl ihrer Beschäftigten ist inzwischen auf 892 200 gesunken (Stand August 1994).

Aufschwung

Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß es mit der Elektroindustrie bald wieder aufwärts gehen wird. Wie im Maschinenbau ist es in erster Linie die Nachfrage aus dem Ausland, die auf ein Ende der Durststrecke hoffen läßt.

Während die Entwicklung von Investitionsgütern noch stagniert, zieht die Produktion elektrotechnischer Gebrauchsgüter leicht an. Den stärksten Aufschwung nimmt derzeit die Fertigung von aktiven Bauelementen, insbesondere von Halbleitern. Die wesentlichen Impulse kommen dabei aus den Segmenten Personalcomputer, Mobilfunk und Automobilelektronik. Auch in der Datentechnik geht es offenbar wieder voran. Das gilt ebenso für die Modernisierung der

Bayern: Deutsch-Französisch

An der Fachhochschule München wird im Fachbereich 06 (Feinwerk- und Mikrotechnik/Physikalische Technik) ein integriertes Studium "Produktion und Automatisierung" mit der "Fondation EPF" angeboten. Die französische Privathochschule ist eine von der französischen "Commission de titres" anerkannte "Grande Ecole d'Ingénieurs", die dem Rang einer deutschen Universität entspricht. Für die deutschen Studenten/innen entfällt die Studiengebühr, die jährlich etwa 8.000 DM beträgt. Das "Deutsch-Französische Hochschulkolleg" in Mainz fördert zudem die Studierenden des integrierten Studiums mit einem Stipendium. Die Zulassung zum integrierten Studium erfolgt am Ende des 4. Semesters durch eine Kommission, die aus französischen und deutschen Fachkollegen zusammengesetzt ist. Dabei ist Sprachqualifikation durch eine Prüfung nachzuweisen.

Dieses integrierte Studium wurde erstmals im Wintersemester 92/93 angeboten. Die französische Seite wechselt mit Beginn des 3. Semesters nach München, um ein Industriepraktikum zu absolvieren. Dieses Praktikum soll jeweils zusammen mit einem/r deutschen Kommilitonen/in durchgeführt werden, um die Integration zu erleichtern und den Spracherwerb zu unterstützen.

Das folgende 4. Semester findet für beide Gruppen als Vorlesungssemester an der Fachhochschule München statt. Für das 5. und 6. Semester wechseln die deutschen Studenten/innen zusammen mit den französischen Kommilitonen/innen nach Paris, um an der EPF das 3. Studienjahr zu absolvieren. Das 6. Semester ist ein weiteres Praktikumssemester, das in einer französischen Firma abgeleistet wird. Das 7. und 8. Semester wird von beiden Gruppen wieder in München an der FHM absolviert. Das Studium wird dann auf der deutschen Seite mit dem Titel "Dipl.-Ing. (FH)" abgeschlossen. Nach dem 9. und 10. Semester an der EPF folgt der französische Abschluß als "Ingénieur diplômé de l'EPF spécialisé en production et automatisation".

Kontakt:

Prof. Dr. Norbert Stockhausen
FH München, FB 06:
Lothstraße 34 - 80335 München
Tel.: 089/1265 - 1217 (-1369)

Europa

Stromerzeugung und -verteilung in den neuen Bundesländern. Dagegen scheint sich die Lage in der Meß- und Regeltechnik noch nicht bessern zu wollen.v

Management

Durch ihr breites Spektrum an technisch-naturwissenschaftlichen Kenntnissen sind Elektroingenieure für Aufgaben im Management prinzipiell gut gerüstet. Zur Zeit werden immer mehr Top-Positionen mit Ingenieuren besetzt. Ihr technisches Wissen spielt heute bei strategischen Entscheidungen eine wichtige Rolle. Auch bei der Umsetzung - etwa der Einführung von Lean Production, Rationalisierungsmaßnahmen oder Produktionsverlagerungen - sind Ingenieure unverzichtbar. Auf den Top-Etagen machen Ingenieure inzwi-

schen den dominierenden Wirtschaftswissenschaftlern immer mehr Konkurrenz.

Zu den Aufgaben des Managements gehört zum Beispiel die Planung der mittel- und langfristigen Entwicklung eines Unternehmens, die Marktbeobachtung, die Erarbeitung von Konzepten und Strategien unter technischen und wirtschaftlichen oder Personalplanung. Erforderlich sind daher in erster Linie betriebswirtschaftliche Kenntnisse, analytisches Denken, und Belastbarkeit.

Zusatzqualifikation

Zusatzqualifikationen sind oft das "Zünglein an der Waage". Aufgrund des hohen Exportanteils der Elektroindustrie sind fundierte Fremdsprachenkenntnisse sehr wichtig, wobei Englischkenntnisse mittlerweile fast als selbst-

verständlich vorausgesetzt werden. DV-Kenntnisse gehören heutzutage ebenfalls fast schon zum Standard; sie spielen insbesondere in Verbindung mit der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik eine wichtige Rolle. Ein Auslandspraktikum fördert die Vertiefung der Sprachkenntnisse vor Ort und ist hilfreich bei angehenden Montageingenieuren.

Qualifikationen in den Bereichen Arbeitsvorbereitung und -recht sind bei Positionen im Fertigungsbereich von Vorteil. Für Elektroingenieure mit Interesse an Marketing und Vertrieb sind betriebswirtschaftliche Kenntnisse unerlässlich.

Zu den persönlichkeitsbezogenen Kriterien gehören Eigenschaften wie Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft, überzeugendes Auftreten, Teamfähigkeit, regionale Mobilität, Flexibilität im Beruf oder Verhandlungsgeschick.

(H.M.)

Quelle: Henninger/Haller
in: ibv vom 01.03.1995

Arbeitsmarkt EDV-Fachleute

Ende September 1994 wurden 30.183 arbeitslose Computerfachleute gezählt. Das sind 2.201 mehr als im Jahr zuvor. Gleichzeitig waren noch 1.452 offene Stellen für Computerfachleute in den Karteien der Arbeitsämter. Dies waren 658 mehr als Ende September 1993. So hat die Arbeitslosigkeit um etwa 8 Prozent und die Zahl der offenen Stellen um über 80 Prozent zugenommen. Damit kommen jetzt auf eine offene Stelle 21 Arbeitslose, 1993 waren es 35.

Fazit: Die Arbeitslosigkeit bei den Computerfachleuten hat sich zwar noch erhöht, doch nicht mehr so dramatisch, wie dies 1993 erlebt wurde und auch für 1994

befürchtet worden war. Insbesondere in den neuen Bundesländern hat sich die Arbeitsmarktsituation auch für diese Berufsgruppe deutlich verbessert.

Bestandsentwicklung

Das Berufsbild der Computerberufe hat sich seit 1970 fast exponentiell entwickelt. Damals waren nur 60.000 Computerfachleute in Westdeutschland tätig, heute sind es etwa 250.000, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Diese Entwicklung wurde im Sinne aktiver Arbeitsmarktpolitik intensiv genutzt, indem sehr viel Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für dieses Berufsfeld finanziert wurden.

Inzwischen endet das Wachstum dieses Berufsfeldes: von Mitte 1993 bis Mitte 1994 hat sich die Zahl der Computerfachleute nicht mehr erhöht: Der derzeitige Bestand von 250.000 Personen entspricht einem Anteil von etwa 1 Prozent an allen Erwerbstätigen. Von 1993 auf 1994 stieg die Zahl der Männer in diesem Berufsfeld um 1.100 (+ 0,6 Prozent) Personen, die Zahl der Frauen nahm um 800 (-1,6 Prozent) Personen ab.

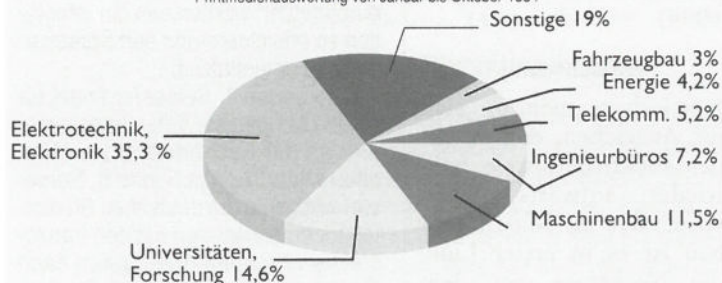
Informatiker

Einer Untersuchung des HIS zufolge konnten Diplom-Informatiker trotz der wirtschaftlichen Probleme ihre berufliche Situation meist festigen oder sogar verbessern. Der überwiegend fach- und niveauadäquate Berufseinstieg erfolgt fast ausschließlich in der privaten Wirtschaft, mit Abstand am häufigsten in der Softwareproduktion (FH: 37 Prozent, Uni: 32 Prozent), zweitwichtigste Einstiegsbranche für FH-Informatiker ist die Elektrotechnik (14 Prozent), für Universitäts-Informatiker die akademische Weiterbildung (Promotion) an

Stellenangebote für Elektroingenieure 1994

nach Branchen

Printmedienauswertung von Januar bis Oktober 1994

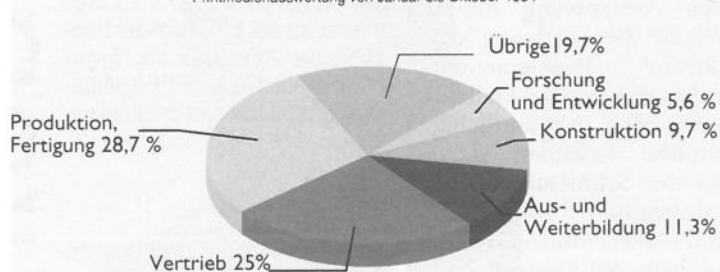


Quelle: EMC-Medienservice, Hamburg

Stellenangebote für Elektroingenieure 1994

nach Einsatzfeldern

Printmedienauswertung von Januar bis Oktober 1994



Quelle: EMC-Medienservice, Hamburg

der Hochschule bzw. an sonstigen Forschungseinrichtungen (22 Prozent).

Rückschau Studium

Retrospektiv bewerten Informatiker ihr Studium ähnlich wie alle Absolventen hinsichtlich des erworbenen Grundlagenwissens (incl. EDV-Kenntnisse) als gut bis sehr gut (FH-Diplom: 74 Prozent vs. 81 Prozent/alle FH-Absolventen; Uni-Diplom: 79 Prozent vs. 82 Prozent/alle Uni-Absolventen). Deutlich seltener als Absolventen anderer Studienfächer bekunden sie Mängel im

Praxisbezug ihrer Ausbildung (Defizite: FH: 33 Prozent vs. 48 Prozent, Uni: 54 Prozent vs. 69 Prozent). Von den berufsrelevanten Qualifikationen empfinden sie - wie Absolventen anderer Fächer auch - die **Vermittlung fachübergreifenden Denkens** durch die Hochschule als besonders defizitär (FH-Diplom: 55 Prozent, Uni-Diplom: 68 Prozent); ähnliches gilt für die Ausbildung von Kommunikations-, Organisations- und Teamfähigkeit (42 Prozent bis 55 Prozent). Vergleichsweise

häufig äußern Informatiker Defizite in Fremdsprachenkenntnissen (FH: 49 Prozent vs. 39 Prozent; Uni: 48 Prozent vs. 36 Prozent). Bedenklich erscheint, daß relativ viele Informatiker das Wissen um die Folgewirkungen ihrer beruflichen Tätigkeit nicht als eine im Berufsleben relevante Qualifikation betrachten (FH: 37 Prozent; Uni: 46 Prozent).

Informatiker mit FH-Diplom beurteilen die verschiedenen Aspekte der Lehr- und Studienorganisation deutlich positiver als ihre Kollegen mit Uni-

versitätsabschluß. Jeweils "gute" oder "sehr gute" Werte erhielten

- die zeitliche Koordination der Lehrveranstaltungen (FH: 56 Prozent vs. Uni: 39 Prozent)
- die Kontakte zu Dozenten (49 vs. 24 Prozent)
- Organisation von Praktika (33 vs. 6 Prozent)
- Größe der Lehrveranstaltungen (73 vs. 40 Prozent).

Lediglich in der Ausstattung der Hochschule (Labore und Literatur) und im Freiraum bei der Studiengestaltung ("gerade richtig" Uni: 56 Prozent vs. FH: 30 Prozent; "zu gering" Uni: 30 Prozent vs. FH: 66 Prozent) äußern sich Informatiker mit Uni-Diplom deutlich zufriedener.

(H.M.)

Quellen: Werner Dostal, BfA, in: ibv vom 29.03.1995 und Minks/Filaretow (HIS) in: Pressemitteilung HIS vom 10.11.1994

Der Tagungshinweis

Umweltbildung an Hochschulen für die betriebliche Praxis

Fachhochschule Wedel ● Donnerstag, 22. Juni ● Beginn: 10.30 Uhr, Ende: 18.00 Uhr

Die wachsenden Anforderungen im betrieblichen Umweltschutz auf den Ebenen Naturwissenschaft und Technik, Ökonomie/Management und Organisation stellen auch die Hochschulen vor neue Aufgaben in der Lehre. Um Umweltfächer und -themen müssen die Curricula erweitert werden, neue Studienfächer und neue Organisationsformen sind im Entstehen. Traditionelle Studienfächer werden um einen Fächerkanon Umwelt erweitert, Zusatzstudiengänge werden angeboten und Umwelttechniker oder -ökonominnen werden in grundständigen Studiengängen ausgebildet.

Vorläufiges Programm

- **Berührung und Einführung in die Tagung**
Prof. Dr. Harms, Rektor der FH Wedel
- **Ganzheitlicher Umweltschutz - neue technische Managementherausforderungen**
Dipl.-Ing. Matthias Willig, Umweltakademie Fresenius
- **Umweltbezogene Studiengänge an Fachhochschulen - eine Übersicht**
Dr. Hubert Mücke, Hochschullehrerbund - Bundesvereinigung (hlb)
- **Umweltbildung für Ingenieure/innen an Hochschulen - Bedeutung, Qualität und Bedarf**
Dr. Nitschke, Institut für Umweltbildung im Beruf
- **Anforderungen an die Umweltbildung**
Matthias Döbler, Institut für vergleichende Erziehungswissenschaft, Uni HH
- **Qualifikationsbedarf zum betrieblichen Umweltschutz - Ergebnisse einer Marktforschungsstudie**
Prof. Dr. Raubach, Dr. Roland Lentz, FH Wedel
- **Qualifikationsbedarf Umweltschutz für die Behörden**
N.N.
- **Entwicklung und Erprobung von interdisziplinären, fächerintegrierten Lehrbausteinen im Bereich Umwelt und Ökologie in den Ingenieur- und Naturwissenschaften**
Zentrum für interdisziplinäre Technikforschung der TH Darmstadt
- **Beispiele zu Lehrangeboten im Umweltschutz an Hochschulen**
- FH Wedel, FHW Berlin, weitere angefragt
- **Organisation:** Dr. Roland Lentz

Anmeldung bis zum 9. Juni bei der Fachhochschule Wedel
Telefon (04103) 8048-0 ● Telefax (04103) 8048-39

Wie planen eine Doppelausgabe 4/5-1995 zu den Themenkreisen

- 5 Jahre Wiedervereinigung
- Forschung

Wir bitten Kolleginnen und Kollegen um entsprechende Beiträge.

Redaktionsschluß
für das Thema
Forschung:
10. August 1995
für das Thema
Wiedervereinigung:
10. September 1995

Beiträge erbeten an:
Prof. Karl-Heinz Bosman
Kiefernstraße 16a
66129 Saarbrücken

Tel.: 06805 - 1589
Fax: 06805 - 218123

Planung

Promotion: der aktuelle Stand in den Ländern

Das Sekretariat der Kultusministerkonferenz hat seinen Bericht zum "Promotionszugang für besonders qualifizierte Fachhochschulabsolventen" aktualisiert. Danach hat sich die Gesetzeslage insofern verbessert, als in den Bundesländern nahezu flächendeckend gesetzliche Regelungen getroffen wurden, um FH-Absolventen die Promotion an einer Universität zu ermöglichen. Der Bericht unterscheidet 4 Fallgruppen: Länder, die die Zulassung zur Promotion in der Regel von einem Studium an einer Universität abhängig machen (Hessen); Länder, die daneben gesetzliche Regelungen für besonders qualifizierte Fachhochschulabsolventen vorsehen (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen) und den Hochschulen einen weitgehenden Ermessensspielraum bei der Ausgestaltung der Anforderungen einräumen; Länder, die für die Zulassung zur Promotion ein Hochschul-Studium fordern (Bremen und Hamburg) sowie Länder, die die Regelung der Zulassung zur Promotion generell den Promotionsordnungen überlassen (Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein). Die Novellierung der Hochschulgesetze in letztgenannten Bundesländern sieht auch dort eine gesetzliche Regelung vor.

Die in den Promotionsordnungen getroffenen Regelungen setzen übereinstimmend ein überdurchschnittliches Abschlußexamen in einem fachlich einschlägigen Fachhochschulstudiengang voraus und sehen zudem die Durchführung eines Eignungsfeststellungsverfahrens vor (Baden-Württemberg: Zusätzliche Studien- und Prüfungsleistungen unterschiedlichen Umfangs, höchstens 4 Semester; Bayern: z.T. zusätzliche Studien- und Prüfungsleistungen unterschiedlichen Umfangs, Absolvieren einer Promotions-eignungsprüfung; Sachsen-Anhalt: Gutachten eines Fachhochschul-Professors und zweier Professoren der Fakultät).

Ziel der Eignungsfeststellungsverfahren ist der Nachweis der Kenntnisse und Fähigkeiten, die zum erfolgreichen vertieften methodisch-wissenschaftlichen Arbeiten notwendig sind. Die Erbringungsformen reichen von Klausuren und mündlichen Prüfungen, - ggf. entsprechend den einschlägigen Vorschriften der Diplomprüfungsordnungen - bis zu wissenschaftlichen Zulassungsarbeiten von mehreren Monaten Dauer. Zum Teil sind die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten durch entsprechende Gutachten von Fachhochschul- und Universitätsprofessoren zu belegen. Darüber hinaus hat das Plenum der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am 20./21. Februar 1995 erneut festgestellt, "das Promotionsrecht ist ein Recht der Universitäten. Verantwortlich für die Durchführung von Promotionsverfahren sind die Fakultäten/Fachbereiche." Einen Fortschritt bringt die Entschliebung insofern, als nun empfohlen wird, die Zulassungsvoraussetzungen so zu gestalten, daß deren Erfüllung in höchstens 3 Semestern möglich sein soll. Zugelassenen FH-Absolventen sollen dieselben Arbeits- und Fördermöglichkeiten wie Uni-Absolventen angeboten werden. Dazu sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen ausgeschöpft werden.

Letztere sind wenig attraktiv, so zumindest der Eindruck, den ergänzende Recherchen des *h/b* in Baden-Württemberg und Niedersachsen hinterlassen haben. Das Land Niedersachsen hat 1991 das Hochschul-Assistenten-Programm aufgelegt. Hierin sind mittlerweile 23 (Teilzeit-) Be-

schäftigungsmöglichkeiten für FH-Absolventen zur Verfügung gestellt worden, die an einer kooperativen Promotion in Zusammenarbeit zwischen einer Fachhochschule und einer Universität (auch außerhalb Niedersachsens) teilnehmen. Das Programm sieht eine Gesamtförderzeit von 6 Jahren vor. Für die Qualifikationsphase - also die Zeit zwischen FH-Diplom und Feststellungsprüfung an der Universität - fördert das Land den Bewerber für 4 Semester (das HRK-Modell sieht 3 Semester vor) und sieht eine Einstufung nach BAT IVb vor. Die Feststellung der Promotionsfähigkeit sollte auf Themen des geplanten Dissertationsthemas aufbauen bzw. hierfür entsprechende Grundlagen schaffen. Für die eigentliche Promotionszeit sieht das Programm 4 Jahre und eine Beschäftigung an der Fachhochschule nach BAT III vor. Während der Anfertigung der Dissertation soll der Promovend auch Dienstleistungen für die Fachhochschule erbringen. Die Mittel des Programms stammen aus dem HSP II. Dieses läuft 1998 aus. Daher werden schon jetzt keine weiteren Beschäftigungsverhältnisse zur Verfügung gestellt, es sei denn die Fachhochschulen würden Promotionen durch Eigenmittel fördern. Nach Einführung von Globalhaushalten wären sie hierzu haushaltstechnisch in der Lage.

Daneben fördert das "Dorothea-Erxleben-Programm" die Promotion von FH-Absolventinnen durch Bereitstellung von 10 Stellen (in 1995 zunächst 5 Stellen) für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen an Fachhochschulen.

Seit 1993 stellt das Land Baden-Württemberg Haushaltsmittel für die Förderung von Promotionen von FH-Absolventen zur Verfügung. Es handelte sich in 1994 um 150.000 DM für Personalmittel und 50.000 DM für Sachmittel. Hiermit soll ein zusätzlicher Anreiz für die Universitäten geschaffen werden. FH-Absolventen können - je nach Absprache - sowohl an der Universität als auch an einer FH angestellt werden. An der Universität werden sie dann als "ungeprüfte Hilfskraft" eingestellt, an der FH innerhalb der Eignungsfeststellungsphase als wissenschaftliche Hilfskraft mit FH-Abschluß - Vergütung nach A10 (Dienstaltersstufe 1, Ortszuschlag 1 = 18,28 DM/Std.) - und in der eigentlichen Promotionsphase nach A 12 (21,94 DM/Std.). Eine höhere Vergütung hatte das Finanzministerium abgelehnt, da der promovierte FH-Absolvent nach erfolgreichem Ablegen der Promotion bei Anstellung an einer Hochschule evtl. niedriger vergütet werden müßte als während der Promotionsphase (vgl. zur Einstufung promovierter FH-Absolventen im öffentlichen Dienst DNH 5/94, S.23). Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung stellt in einem Schreiben vom 26. Januar 1995 fest, die zusätzlichen Leistungen könnten z.B. in ingenieurwissenschaftlichen Fächern in ergänzenden Prüfungen in Mathematik und anderen Grundlagenfächern bestehen, in denen sich das Universitätsstudium und das FH-Studium besonders unterscheiden. Das Eignungsfeststellungsverfahren nehme in der Regel ein bis zwei Semester in Anspruch.

An den Universitäten sind bisher 6 FH-Absolventen zur Promotion zugelassen, weitere 26 befinden sich derzeit im Eignungsfeststellungsverfahren.

Der Bericht der KMK ist erhältlich bei der Kultusministerkonferenz, Nassestraße 8, 53113 Bonn. Über den Stand der Promotionsverfahren in Baden-Württemberg liegt eine aktuelle Stellungnahme des Wissenschaftsministeriums vor, die bei der *h/b*-Geschäftsstelle angefordert werden kann. (H.M.)

Kay Hailbronner (Hrsg.)

Das Standardwerk
zum Hochschulrecht
- stets aktuell!

Kommentar zum Hochschulrahmengesetz (HRG)



Das Hochschulrahmengesetz ist die zentrale Rechtsgrundlage für die Hochschulorganisation und deren Entscheidungsstrukturen. Ferner regelt es das Studien- und Prüfungswesen, die Forschung einschließlich der Drittmittelforschung, die Zulassung zum Studium, die Rechtsstellung der Mitglieder der Hochschule und die Hochschulverwaltung.

Die mittlerweile an das Rahmenrecht angepaßten neueren Landesgesetze über Universitäten, Kunsthochschulen und Fachhochschulen basieren in allen wesentlichen Punkten auf dem HRG, wenn sie sich nicht sogar inhaltlich weitgehend auf eine Wiedergabe dieser Vorschriften beschränken. Die Kenntnis des HRG ist daher für die Praxis des Hochschulrechts in Hochschulverwaltungen, Ministerien und Gerichten unerlässlich.

Der Kommentar gewährleistet durch die Zusammensetzung des Autorenteam die ausgewogene Berücksichtigung von Theorie und Praxis. Landesrechtliche Gesichtspunkte werden stets mit einbezogen. Zusätzlich zur Kommentierung des HRG werden deshalb Überblicke über die Landesgesetze aufgenommen. Ebenso ist eine umfangreiche Darstellung des Rechts der Fachhochschulen enthalten.

Der "Hailbronner" informiert schnell und zuverlässig über die aktuellen Fragen der Rechtsprechung und Literatur. Er wird durch Ergänzungslieferungen laufend vervollständigt und damit stets auf dem neuesten Stand gehalten.

Herausgegeben von Prof. Dr. Kay Hailbronner, Universität Konstanz. Bearbeitet von Prof. Dr. Hans-Wolfgang Arndt, Ministerialdirigent Dr. Harald Dörig, Ministerialrat Dr. Peter Großkreutz, Prof. Dr. Kay Hailbronner, Prof. Dr. Ulrich Karpen, Hochschulkanzler Dr. Peter Kickartz, Prof. Dr. Hartmut Krüger, Prof. Dr. Dieter Leuze, Prof. Dr. Dieter Lorenz, Ltd. Ministerialrat Dr. Heinzjörg Müller, Ministerialrat Otmar Schimpfhauser, Hochschulkanzler Dr. Hans-Georg Schultz-Gerstein, Prof. Dr. Werner Thieme, Prof. Dr. Hans-Wolfgang Waldeyer, Ministerialrat Dr. Hannfried Walter.

Loseblattwerk in 2 Ordnern. Ca. 1.900 Seiten.
DM 248,-. Seitenpreis der Ergänzungslieferungen
DM 0,40. ISBN 3-8114-1054-7

Der "Hailbronner" im Urteil der Fachpresse:

"... ragt der von Hailbronner herausgegebene Kommentar zum HRG an Umfang, Zahl der Autoren, Inhalt und Prägnanz deutlich hervor. Er liegt jetzt mit der 12. Lieferung abgeschlossen vor. Man kann ihn wohl gegenwärtig ohne Zögern als das Spitzenwerk bezeichnen..."

D. Scheven in: Wissenschaftsrecht, 27. Bd. Heft 1, April 1994

"... In summa: Wer in der Bundesrepublik hochschulrechtliche Fragen zu entscheiden hat oder sich wissenschaftlich mit Hochschulrecht befaßt, muß diesen Kommentar befragen und heranziehen, weil es auf diesem Feld kein reiferes Werk gibt."

Dr. Zacher in: Gemeinsames Amtsblatt der Ministerien für Bildung und Kultur und für Wissenschaft und Weiterbildung von Rheinland-Pfalz 7/1994

"... Dieser Kommentar verkörpert in der Zusammenarbeit von Hochschullehrern und erfahrenen Praktikern eine bewährte Verbindung von Theorie und Praxis. Besonderes Gewicht wird auf die Einbeziehung landesrechtlicher Regelungen und Besonderheiten gelegt."

Recht im Amt 4/1992

h/b - Besoldungsmodell

In den vergangenen Tagen erreichten uns eine Reihe von Reaktionen auf das vom *h/b* vorgeschlagene Modell zur Vereinheitlichung der Besoldung an den Fachhochschulen. Nachfragen richteten sich insbesondere auf ein Weiterbestehen zweier Besoldungsgruppen.

Das *h/b*-Modell sieht die Abschaffung des C2-Amtes an Fachhochschulen vor. Eine entsprechende Änderung im Bundesbesoldungsgesetz ist herbeizuführen. Das Modell geht von der Berufung aller Professorinnen und Professoren auf ein C3-Amt aus. Bei

Neuberufenen werden die Bezüge des C3-Amtes auf eine Höhe abgesenkt, wie sie die jeweils gültige Besoldungstabelle für C2 ausweist. Die Besoldungsgruppe C2 wäre nach Einführung des *h/b*-Modells lediglich das Maß zur Festlegung der Höhe der befristet abgesenkten Bezüge im C3-Amt.

Der *h/b* hat mittlerweile neben der Kultusministerkonferenz auch die entsprechenden Bundesministerien und Bundesgremien von seinem Modell unterrichtet und die Diskussion mit diesen aufgenommen. Daneben wurden die Wissenschafts- und Innenminister der Länder sowie die Landtage um Unterstützung gebeten. (H.M.)

Kommunikation ist alles

So sieht der betriebliche Alltag aus: Die linke Hand weiß nicht, was die rechte tut, und auch Führungskräfte müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, ihre Arbeitsanweisungen seien undeutlich und mißverständlich: Eine Frage mangelnder Schlüsselqualifikationen? Wer diese auf Fähigkeiten und Fertigkeiten der Praxis kommunikativen Handelns festlegt, muß die Frage bejahen. So zumindest das Ergebnis einer Gesprächsrunde mit dem Titel "Schlüsselqualifikationen - eine Anforderung an FH-Absolventen", welche die Einigung Katholischer Studenten an Fachhochschulen (EKSF) am 9. März in Köln durchführte. Gerd Riediger von den Ford-Werken Köln bestätigte denn auch die zuvor formulierte Vermutung: Wenn in einem Unternehmen Fehler auftreten, ist die Ursache meist nicht in mangelndem Fachwissen, sondern in mangelnder Kommunikation zu suchen. Mit dem Erwerb von Schlüsselqualifikationen sei die Frage nach sozialer Kompetenz und selbstreflexivem Verhalten beantwortet, meint Michael Weber von der Caritas. Das ist der Stoff,

aus dem sich Teamarbeit speist, und diese ist Grundlage für eine dringend notwendige Innovationsbeschleunigung in unseren Unternehmen. So auch in den Ford-Werken. Die Qualität der Mitarbeiter wird dort gefördert durch Rotation in den verschiedenen Bereichen des Unternehmens, durch Arbeiten an interdisziplinären Projekten, mit Hilfe von Tutoren und in Trainingsseminaren. Der Nachwuchs wächst langsam in die Organisation und hilft durch Rückkoppelung dem "lernenden Unternehmen". Auch die Bayer-Werke haben ihre Arbeitsbereiche fachübergreifend und komplex gestaltet. Von der Bereichsleitung wird "Unternehmertum auf Zeit" erwartet, so Günter Ritter. Optimierung von Selbstorganisation durch Lernen von Organisationswissen heißt das Ziel des einzelnen.

Für die Fachhochschulen ergibt sich ein wesentliches Problem dadurch, daß soziale Kompetenz praktische Erfahrung voraussetzt, da ansonsten lediglich eine theoretische Auseinandersetzung möglich ist. Allerdings verfügen sie gegenüber den Universitäten über einen

Vorteil: ihre Studienanfänger besitzen zu 70% berufliche Vorbildung.

Die Aufzählung von Schlüsselqualifikationen - vorgenommen von Johann Michael Gleich, Katholische FH NRW und Moderator - liest sich wie eine Mängelliste: in übergeordneten Zusammenhängen denken, sich in bestehende Arbeitsorganisationen einordnen, Führungsverhalten zeigen und kreative Eigenschaften besitzen. Und die Umsetzung an der Fachhochschule: Projektstudium, Praxissemester und ein durchgängiges Studienkonzept, das Schlüsselqualifikationen fördert, z.B. durch regelmäßige Präsentationen, und dabei möglichst wenig grübeln, sondern einfach tun.

Zurück zur Ausgangsfrage des Zusammenhangs zwischen erfolgreichem Kommunizieren und der Ausprägung von Schlüsselqualifikationen. Johann Gleich deutet in seiner Aufzählung darauf hin: Kommunikation ist ein komplexer Prozeß, dessen Erfolg von einer Vielzahl von Fähigkeiten im Denken und Handeln abhängig ist. Es könnte nicht schaden, diese während des Studiums gezielt zu fördern. (H.M.)

NEUES VON KOLLEGEN**Halbleiter-Optoelektronik**

W. Bludau (FH Lübeck)

Reihe it/nt Informationstechnik/Nachrichtentechnik, Hrsg. E. Herter u. W. Lörcher, Carl-Hanser Verlag, München 1995

Praxis der Digitalen Bildverarbeitung und Mustererkennung

P. Haberäcker (FH München)

Carl Hanser Verlag, München 1995

Was ist Gott

H.-E. Heyke, (FH Esslingen)

Anita Tyke Verlag, Sindelfingen

Numerische Methoden

H.-J. Hotop (FH Hamburg)

Inf & Ing (Vorlesungen zum Informatik- und Ingenieurstudium), Wißner, Augsburg 1993

Recycling von Kunststoffen

A. Jungbauer (FH Ostfriesland)

Vogel Verlag, Würzburg 1994

Finanzmathematik

Methoden, betriebswirtschaftliche Anwendungen, Aufgaben mit Lösungen

H. Kobelt u. P. Schulte (FH Münster)



V.l.n.r.: Hans Peter Voss (Studienkommission für Hochschuldidaktik BaWü), Gerd Riediger (Ford-Werke), Johann Michael Gleich (KfH NRW/EKSF), Günter Ritter (Bayer-Werke), Michael Weber (Caritas)

NWB Studienbücher,
Verlag Neue Wirtschafts-
Briefe, Herne 6. Aufl. 1995

Analysis I

Ch. Maas (FH Hamburg)
Inf & Ing (Vorlesungen zum
Informatik- und Ingenieur-
studium), Wißner,
Augsburg 2. Aufl. 1994

Algorithmen und Datenstrukturen

B. Owsnicki-Klewe
(FH Hamburg)
Inf & Ing (Vorlesungen zum
Informatik- und
Ingenieurstudium)
Wißner, Augsburg 1994

Geldwirtschaft und Geldpolitik

Einführung in die Grundlagen
H.-J. Stadermann (FHW Berlin)
Gabler 1994

Dynamischer Wettbewerb

Einführung in die Grundlagen
der deutschen und inter-
nationalen Wettbewerbspolitik
M. Tolsdorf (FHW Berlin)
Gabler 1994

Persönlichkeitsentfaltung

Auftreten - Argumentieren -
Durchsetzen
D. Urban (FH Augsburg)
Taschenbücher für die
Wirtschaft, Bd. 63
I.H. Sauer-Verlag GmbH,
Heidelberg 1994

Einkommensteuer und steuerliche

Gewinnermittlung
M. Wehrheim (FH Frankfurt)
Context-Verlag,
Obertshausen 1994

Elektrotechnik für Ingenieure I

Gleichstromtechnik und
Elektromagnetisches Feld.
Ein Lehr- und Arbeitsbuch für
das Grundstudium
W. Weißgerber (FH Hannover)
Vieweg Verlag, Wiesbaden
3. überarb. Aufl. 1994

Elemente des Rechneraufbaus

K.-U. Witt (FH Trier)
Reihe: Hanser Studienbücher
der Informatik
Carl Hanser Verlag,
München 1995

Prof. Dr. Gerhard Babel,
Meßtechnik, Elektroakustik,
FH Dortmund

Prof. Gabriele Bannert,
Wirtschaftsinformatik,
FHTW Berlin

Prof. Dr.-Ing. Martin Bayer,
Datenverarbeitung,
FH Augsburg

Prof. Dr. Dietrich Blaese,
Bürgerliches Recht,
Arbeitsrecht, Wirtschafts-
recht, FH Niederrhein

Prof. Dr. Ulrich Brasche,
Volkswirtschaftslehre,
FH Brandenburg

Prof. Dr. Stefan Britz,
Maschinenbau,
FH Frankfurt

Prof. Dr. Joachim Brunn,
Vakuumtechnik, FH Lübeck

Prof. Dr. Peter Eberhardt,
Elektrotechnik und
Regelungstechnik,
FH Gießen-Friedberg

Prof. Dr. Angelika
Engelmann, Theologie,
Ev. FH für Sozialarbeit
Dresden

Prof. Dr.-Ing. Burkhard
Erdlenbruch, Allgemeine
Betriebswirtschaftslehre,
Produktionswirtschaft,
FH Augsburg

Prof. Dr.-Ing. Christoph
Franke, Mathematik und
Technische Mechanik
FH Wolfenbüttel

Prof. Dr. Hartwig
Frankenberg, Design und
Designgeschichte,
FH Augsburg

Prof. Dr.-Ing. Werner
Frommhold, Technische
Akustik, FH Lübeck

Prof. Dr. Günther Grabatin,
Rechnungswesen und
Controlling,
FH Gießen-Friedberg

Prof. Dr. Alois Gröne,
Marketing,
FH Gießen-Friedberg

Prof. Dr. Wolf Gugel,
Allgemeine Betriebswirt-
schaftslehre, Material-
wirtschaft und Unter-
nehmensplanung,
FHTW Reutlingen

Prof. Dr. Gerd Günther,
Massivbau und Baustatik,
FH Gießen-Friedberg

Prof. Dr. Peter Haas,
Medizinische Informatik,
FH Dortmund

Prof. Dr. Walter Harsch,
Betriebswirtschaftslehre,
insbesondere
Organisationslehre,
Arbeitswissenschaft,
FH Niederrhein

Prof. Dr. Michael Heine,
Strukturpolitik,
FHTW Berlin

Prof. Dr. Uwe Höft,
Allgemeine Betriebs-
wirtschaftslehre,
FH Brandenburg

Prof. Dr. Jutta Hosfeld-
Gruber, Betriebswirt-
schaftslehre, insbesondere
Steuer- und Prüfungswesen,
FHTW Berlin

Prof. Dr. Claus
Thomasberger, Außenwirt-
schaftspolitik, FHTW Berlin

Prof. Dr. Rainer Jensen,
Strömungsmaschinen,
FH Kiel

Prof. Dr.-Ing. Volkmar
Kirbach, Meß-, Steuer- und
Regelungstechnik,
TFH Wildau

Prof. Dr.-Ing. Ulrich Klages,
Betriebssysteme/Prozeß-
rechentechnik, FH Braun-
schweig/Wolfenbüttel

Prof. Dr.-Ing. Stephan Klein,
Konstruktionslehre und
Feinwerktechnik,
FH Lübeck

Prof. Dr. Wilfried Klee,
Anorganische Chemie,
FH Niederrhein

Prof. Dr.-Ing. Rudolf
Koblitz, Elektrotechnik und
Analog-Elektronik,
FH Karlsruhe

Prof. Klaus-Peter Köhn,
Softwareentwicklung und
Mikroprozessortechnik,
FH Lübeck

Prof. Dr. Bernhard Kup,
Maschinenbau,
FH Frankfurt

Prof. Dr. Friedrich Freiherr
von Loeffelholz, Betriebliche
Datenverarbeitung,
Organisation, FH Dortmund

Prof. Dr. Rita Marx,
Erziehungs- und
Sozialwissenschaft,
FH Potsdam

Prof. Kurt Mehnert,
Produktdesign, FH Anhalt

Prof. Dr. Hans-Peter
Michels, Psychologie,
insbesondere Rehabilitation
und Pädagogische
Psychologie, FH Lausitz

Prof. Dr. Bernd Müller,
Elektrische Energietechnik,
FHTW Berlin

Prof. Dr. Werner Nothdurft,
Theorie und Praxis sozialer
Kommunikation, FH Fulda

Prof. Gerhard Noack,
Elektrische Maschinen und
Antriebe, FHTW Berlin

Prof. Dr. Hans-Helmut
Paul, Mathematik und
Datenverarbeitung,
FH Westküste

Prof. Dr. Volker Peinelt,
Lebensmittelhygiene und
Gemeinschaftsverpflegung,
FH Niederrhein

Prof. Dr. Jens Pensel,
Controlling, FH Westküste

Prof. Dr. Werner Rausch,
Betriebliche Steuerlehre,
FH Niederrhein

Prof. Dr.-Ing. Hans
Reddemann, Ingenieur-
mathematik, technische
Mechanik und Maschinen-
elemente, FH Lübeck

Prof. Dr. Alfons Rinschede,
Entsorgungslogistik,
FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Ekkehard
Schneider, Mathematik,
FHTW Berlin

Prof. Dr.-Ing. Sabine
Stanick, Physik,
FH Düsseldorf

Prof. Dr.-Ing. Gerd Stock,
Allgemeine Elektrotechnik,
FH Kiel

Prof. Dr.-Ing. Bernhard
Stubenvoll, Städtebau und
Stadtsanierung, FH Lübeck

Prof. Dr. Knut Thienen,
Technische Thermo-
dynamik, Energietechnik
und Wärmewirtschaft
FH Gießen-Friedberg

Prof. Dr. Wolfgang Weber,
Angewandte Chemie,
FH Karlsruhe

Prof. Dr.-Ing. Peter Weber,
Konstruktion,
FH Karlsruhe

Prof. Dr.-Ing. Rainer Wieler,
Verbrennungsmotoren und
Thermodynamik,
FH Augsburg

Prof. Dr. Bernd
Wonneberger, Betriebswirt-
schaftslehre, TFH Wildau

Prof. Dr. Peter Zschockelt,
Wirtschaftsinformatik,
Datenbanken, FHTW Berlin

Der Hochschullehrerbund bietet seinen Mitgliedern gegen einen Kostenbeitrag von DM 3,— je Schriftstück (bitte in Briefmarken beilegen) den Bezug von Informationen aus Bund und Ländern. Bitte tragen Sie in den abgedruckten Anforderungscoupon die jeweilige Bestellnummer (Best.Nr.) ein.

hIb

- Plakat der Fachhochschulen in Deutschland (Best.Nr. **hIb1**)
- Plakat der integrierten und Fachhochschulstudiengänge an UGHs in NRW (Best.Nr. **hIb4**)
- Rechtliche Regelungen für Gründung, Anerkennung und Betreiben der Institute an Fachhochschulen (Best.Nr. **hIb2**)
- Verwertung von Diplomarbeiten (Muster-Erklärung und Richtlinien für die Vergütung) (Best.Nr. **hIb3**)
- Hochschulpolitische Forderungen des **hIb** zur Weiterentwicklung der Fachhochschulen (Best.Nr. **hIb5**)
- Zur Anwendung parlamentarischer Wahlgrundsätze im Hochschulbereich (Best.Nr. **hIb6**)
- Die Stellung des Kanzlers in der kollegialen Hochschulleitung (Best.Nr. **hIb7**)

Bund

- Antwort der Bundesregierung vom 14. Juni 1994 auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zu Promotionsmöglichkeiten von FH-Absolventen (Best.Nr. BUND1)
- Antwort des BMBF vom 24. Februar 1995 auf die Kleine Anfrage der Abg. Altmann u.a. (Bündnis 90/Die Grünen) "Anspruch und Wirklichkeit von Hochschulsonderprogrammen" (Best.Nr. BUND3)

Baden-Württemberg

- Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1986 (Best.Nr. BW1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1991 (Best.Nr. BW2)
- Fachhochschulgesetz vom 1. Januar 1995 (Best.Nr. BW3)
- Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung vom 23. März 1994 zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen (Best.Nr. BW4)
- Konzeption für die Förderung von Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen in Baden-Württemberg, Bericht der Landesregierung vom 12. August 1993 (Best.Nr. BW5)

Bayern

- Regellehrverpflichtungsverordnung, Stand 1986 (Best.Nr. BAY1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1992 (Best.Nr. BAY2)
- Antwort des Staatsministers der Finanzen auf die Anfrage zur Einstufung von FH-Absolventen mit Promotion vom 31. August 1994 (Best.Nr. BAY3)

Berlin

- Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1993 (Best.Nr. BERL1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990 (Best.Nr. BERL2)

Brandenburg

- Nebentätigkeit: Es gelten zur Zeit die Bestimmungen des Bundes, siehe Best.Nr. BUND 2

Bremen

- Lehrverpflichtungsverordnung vom 28. Februar 1995 (Best.Nr. HB1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990 (Best.Nr. HB3)
- Bremisches Hochschulgesetz in der Fassung vom 21. September 1993 (Best.Nr. HB4)

Hamburg

- Lehrverpflichtungsverordnung vom 18. Januar 1994 (Best.Nr. HH1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1992 (Best.Nr. HH2)
- Hamburgisches Hochschulgesetz in der geänderten Fassung vom 29. März 1994 (Best.Nr. HH3)

Hessen

- Lehrverpflichtungsverordnung für Fachhochschullehrer, Stand 1975 (Best.Nr. HES1)
- Nebentätigkeitsverordnung (Best.Nr. HES2)
- Hessisches Hochschulgesetz in der geänderten Fassung vom 23. März 1994 (Best.Nr. HES3)

Mecklenburg-Vorpommern

- Nebentätigkeitsverordnung (z.Zt. gilt Schlesw.-Holstein, Stand 1991) (Best.Nr. MVP1)

Niedersachsen

- Stellungnahme des MWK zur Eingabe des Hochschullehrerbundes betreffend Lehrverpflichtung an Hochschulen vom 15. Juni 1994 (Best.Nr. NISA1)
- Nebentätigkeit: Änderungen aufgrund der Novellierung des Hochschulgesetzes vom 21. Januar 1994 (Best.Nr. NISA2)
- Praxisnahe Forschung und Entwicklung an niedersächsischen Fachhochschulen, Antragsunterlagen: Bereitstellung von Projektfördermitteln aus dem Fachhochschul-Sonderprogramm (Best.Nr. NISA3)

Nordrhein-Westfalen

- Lehrverpflichtung, Stand 1988 (Best.Nr. NRW1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1988 (Best.Nr. NRW2)
- Verordnung zu quantitativen Eckdaten für Studium und Prüfungen in Fachhochschulstudiengängen vom 17. März 1994: 76 Fragen und Antworten (Best.Nr. NRW3)
- Erlasse zu Besetzungsverfahren (Best.Nr. NRW4)
- Erhebungen über das Lehrangebot, Rundschreiben vom 17. Januar 1994 (Best.Nr. NRW5)

Rheinland-Pfalz

- Landesverordnung über die Lehrverpflichtung an den Hochschulen vom 7. Juli 1994 (Best.Nr. RP1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1987 (Best.Nr. RP2)
- Freistellung von Professoren der Fachhochschulen für die Praxis und zur Durchführung von Entwicklungsvorhaben - Verwaltungsvorschrift des Min. für Wiss. und Weiterbildung vom 29. Juni 1992 (Best.Nr. RP3)
- Beschäftigung von hauptberuflichen Assistenten an der Fachhochschule Rheinland-Pfalz, Verwaltungsvorschrift vom 16. Juli 1993 (Best.Nr. RP5)

Saarland

- Lehrverpflichtungsverordnung vom 10. Februar 1994 (Best.Nr. SAAR1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1989 (Best.Nr. SAAR2)

Sachsen

- Dienstaufgabenverordnung an Hochschulen vom 19. Oktober 1994 (Best.Nr. FSS1)
- Nebentätigkeitsverordnung vom 21. Juni 1994 (Best.Nr. FSS2)

Sachsen-Anhalt

- Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1992 (Best.Nr. SA1)
- Nebentätigkeitsverordnung vom 2. März 1994 (Best.Nr. SA2)
- Drittes Hochschulstrukturgesetz vom 5. Juli 1994 (FH Altmark) (Best.Nr. SA4)
- Verordnung zur Errichtung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege vom 20. Juli 1994 (Best.Nr. SA5)

Schleswig-Holstein

- Lehrverpflichtungsverordnung (Best.Nr. SH1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990 (Best.Nr. SH2)
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Beihilfen (Best.Nr. SH3)

Thüringen

- Lehrverpflichtungsverordnung vom 21. Oktober 1994 (Best.Nr. THÜ1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1991 (Best.Nr. THÜ2)

Nebentätigkeit

- Begriff und Genehmigungsverfahren am Beispiel Hessen, 6. Mai 1988 (Best.Nr. NEB1)
- Splitting-Verbot (Best.Nr. NEB2)

Altersversorgung

- Merkblatt des Hochschullehrerbundes (Best.Nr. ALT1)
- Änderungen im Beamtenversorgungsrecht (Best.Nr. ALT2)

Besoldung

- Aspekte des Besoldungsdienstalters von Hochschullehrern (Best.Nr. SOLD1)

Ich bin Mitglied des Hochschullehrerbundes Landesverband

Ich bitte um Zusendung folgender Unterlagen:

Ort, Datum, Unterschrift
Bitte deutlich schreiben,
Absenderangabe wird als Versandadresse benutzt

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

bitte senden an:
Hochschullehrerbund e.V.
Rüngsdorfer Straße 4c
53173 Bonn

Telefon: 0228/35 22 71 • Telefax: 0228/35 45 12